

Wasserwerk der Stadt Rheinbach,
Rheinbach

Wirtschaftsjahr 2012

Bericht

über die Prüfung des
Jahresabschlusses und Lageberichtes zum

31. Dezember 2012

DORNBACH GMBH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft · Steuerberatungsgesellschaft

NIEDERLASSUNG BONN



Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
A. Prüfungsauftrag	4
B. Grundsätzliche Feststellungen	7
Lage des Eigenbetriebes	7
Stellungnahme zur Beurteilung der Lage durch die Betriebsleitung	7
C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	9
D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	14
I. Feststellungen zur Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	14
1. Die Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	14
2. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012	15
3. Der Lagebericht	16
II. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2012	17
1. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen und sachverhaltsgestaltende Maßnahmen	17
2. Gesamtaussage	17
III. Analyse und Erläuterung des Jahresabschlusses	18
1. Vermögenslage	18
2. Kapitalflussrechnung	22
3. Ertragslage	23
4. Wirtschaftsplan	27
E. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrages	29
Feststellungen gemäß § 53 HGrG	29
F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung	30

Anlagenverzeichnis

Bilanz zum 31. Dezember 2012	Anlage 1 / Seite 1
Gewinn- und Verlustrechnung für 2012	Anlage 1 / Seite 2
Anhang für das Wirtschaftsjahr 2012	Anlage 1 / Seite 3 - 11
Lagebericht 2012	Anlage 2
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	Anlage 3 / Seite 1 - 2
Aufgliederung und Erläuterung der Posten des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2012	Anlage 4 / Seite 1 - 21
Rechtliche und steuerrechtliche Verhältnisse	Anlage 5 / Seite 1 - 4
Zusammensetzung und Entwicklung der Sonderposten für Investitionszu- schüsse zum Anlagevermögen und der empfangenen Ertragszuschüsse zum 31. Dezember 2012	Anlage 6
Zusammensetzung und Entwicklung der langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zum 31. Dezember 2012	Anlage 7

Fragenkatalog zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung
und der wirtschaftlichen Verhältnisse

Anlage 8 /
Seite 1 - 16

Allgemeine Auftragsbedingungen

Anlage 9



A. Prüfungsauftrag

Die Betriebsleitung des Wasserwerkes der Stadt Rheinbach, Rheinbach, erteilte uns mit Schreiben vom 16. Januar 2013 den Auftrag, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 des

Wasserwerkes der Stadt Rheinbach, Rheinbach,

- im Folgenden auch Eigenbetrieb oder Wasserwerk genannt -

unter Einbeziehung der zugrunde liegenden Buchführung sowie den Lagebericht für 2012 zu prüfen und über das Ergebnis der Prüfung in berufsüblichem Umfang zu berichten.

Die Beauftragung erfolgte mit Zustimmung der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen vom 27. November 2012.

Der Eigenbetrieb ist gemäß § 106 GO NRW prüfungspflichtig. Der Jahresabschluss ist entsprechend § 21 EigVO NRW nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Regelungen sowie den Bestimmungen der EigVO NRW zu erstellen.

Bei unserer Prüfung waren auftragsgemäß auch die Vorschriften des § 53 HGrG zu beachten.

Rechtsgrundlagen der Bilanzierung und Prüfung sind insbesondere:

1. Die Bestimmungen des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (HGB),
2. die Gemeindeordnung für Nordrhein-Westfalen (GO NW),
3. die Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW),
4. die Verordnung über die Durchführung der Jahresabschlussprüfung bei Eigenbetrieben und prüfungspflichtigen Einrichtungen (JAPrÜfVO),
5. das Kommunalabgabengesetz für Nordrhein-Westfalen (KAG NW).



Unsere Berichterstattung erfolgt nach den "Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen" des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf (IDW PS 450).

Darüber hinaus wurde bei unserer Prüfung beachtet:

1. IDW Prüfungsstandard: Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG (IDW PS 720),
2. Prüfungshinweis des Instituts der Wirtschaftsprüfer für die Berichterstattung über die Prüfung öffentlicher Unternehmen (IDW PH 9.450.1),
3. Prüfungshinweis des Instituts der Wirtschaftsprüfer für die Beurteilung der Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung öffentlicher Unternehmen (IDW PH 9.720.1).

Über Gegenstand, Art und Umfang der von uns durchgeführten Prüfung berichten wir im Abschnitt C.

Daneben umfasst die Prüfung auftragsgemäß auch die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Betriebsleitung (§ 53 HGrG), über die wir im Abschnitt E. dieses Berichts sowie in Anlage 8 zu diesem Bericht berichten.

Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses wurden wir beauftragt, weitergehende, gesetzlich nicht geforderte Aufgliederungen und Erläuterungen zu einzelnen Posten des Jahresabschlusses abzugeben. Wir haben diese ergänzenden Aufgliederungen und Erläuterungen in der Anlage 4 dieses Prüfungsberichts dargestellt.

Ergänzend wurden wir damit beauftragt, in diesen Prüfungsbericht eine betriebswirtschaftliche Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes aufzunehmen. Diese Analyse haben wir im Abschnitt D. III. dieses Berichts dargestellt.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.



Für die Durchführung unseres Auftrages und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften i.d.F. vom 1. Januar 2002 maßgebend, die diesem Bericht als Anlage 9 beigelegt sind.

Dieser Prüfungsbericht wurde nur zur Dokumentation der durchgeführten Prüfung gegenüber dem Eigenbetrieb und nicht für Zwecke Dritter erstellt, denen gegenüber wir entsprechend der im Regelungsbereich des § 323 BGB geltenden Rechtslage keine Haftung übernehmen.



B. Grundsätzliche Feststellungen

Lage des Eigenbetriebes

Stellungnahme zur Beurteilung der Lage durch die Betriebsleitung

Gemäß § 321 Abs. 1 S. 2 HGB nehmen wir als Abschlussprüfer mit den anschließenden Ausführungen vorweg zur Lagebeurteilung durch die Betriebsleitung im Jahresabschluss und im Lagebericht Stellung.

Folgende Kernaussagen im Lagebericht sind hervorzuheben:

Der Betriebsleiter geht zunächst auf die wirtschaftliche und technische Entwicklung des Wasserwerkes, sowie auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ein.

Der im Jahr 2012 erwirtschaftete Gewinn von TEUR 47 lässt sich im Wesentlichen wie folgt begründen:

Reduzierung der Umsätze aus dem Wasserverkauf, dagegen Anstieg der Umsätze aus den Grundgebühren im Vergleich zum Vorjahr.

Erhöhung der Wasserbezugsmenge, im Gegenzug Absenkung des Wasserbezugspreises im Vergleich zum Vorjahr und Anstieg der Quote der Wasserverluste auf 5,1 % (Vorjahr: 1,2 %).

Im Bezug auf die zukünftige Entwicklung ergeben sich folgende Chancen und Risiken:

Im Rahmen des Rohrnetzerneuerungsprogramms werden die Potentiale zur Reduzierung der Rohrnetzverluste weiter ausgebaut.

Risiken ergeben sich aus künftigen Erhöhungen des Wasserbezugspreises sowie niedrigeren Verkaufsmengen. Dies könnte zu negativen Veränderungen des Ergebnisses führen. Dennoch sind in der Wasserversorgung keine gravierenden Umsatzeinbrüche zu erwarten. Darüber hinaus stehen zum Ausgleich künftiger Verluste ausreichende Gewinnvorträge zur Verfügung.

Die Darstellung und Beurteilung der Lage des Eigenbetriebes und seiner voraussichtlichen Entwicklung durch die Betriebsleitung im Jahresabschluss und im Lagebericht halten wir für zutreffend.



C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

Im Rahmen des uns erteilten Auftrags haben wir gem. § 317 HGB die Buchführung, den Jahresabschluss, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang, und den Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2012 auf die Einhaltung der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, der ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und der ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung geprüft.

Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung liegen in der Verantwortung des Betriebsleiters des Eigenbetriebes. Diese beinhaltet auch die gesetzlich zulässige Ausübung von Ansatz- und Bewertungswahlrechten sowie die Einschätzung von Chancen und Risiken.

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Vorjahresabschluss. Er wurde am 26. November 2012 festgestellt.

Unsere Aufgabe war es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss und den Lagebericht abzugeben. Hierbei war auch zu prüfen, ob die Betriebsleitung ihr Ermessen im zulässigen Rahmen ausgeübt hat.

Gem. § 106 Abs. 1 GO NW und der Verordnung zur Durchführung der Jahresabschlussprüfung bei Eigenbetrieben und prüfungspflichtigen Einrichtungen erstreckte sich unsere Prüfung auch auf die Feststellung, ob

1. die Buchführung und der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entsprechen sowie die Betriebssatzung und landesrechtliche Vorschriften beachtet sind,
2. der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Lage des Wasserwerkes erwecken,
3. über wirtschaftlich bedeutsame Sachverhalte, verlustbringende Geschäfte und Ursachen von Verlusten berichtet wurde,

4. die Geschäftsführung Anlass zu Beanstandungen gibt,
5. der Betrieb wirtschaftlich geführt wurde,
6. Maßnahmen zur Risikofrüherkennung ergriffen wurden.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 316 ff. HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Buchführung, der Jahresabschluss sowie der Lagebericht frei von wesentlichen Mängeln sind. Im Rahmen der Prüfung werden Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil bildet.

Auf der Grundlage eines risiko- und systemorientierten Prüfungsansatzes haben wir zunächst eine Prüfungsstrategie erarbeitet. Diese basiert auf einer Einschätzung des Eigenbetriebsumfelds, Auskünften der Betriebsleitung über die wesentlichen Ziele, Strategien und Geschäftsrisiken, analytischen Prüfungshandlungen zur Einschätzung von Prüfungsrisiken und zur vorläufigen Beurteilung der Lage des Eigenbetriebes sowie einer grundsätzlichen Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems des Eigenbetriebes. Es wurden auch unsere Feststellungen aus der vorangegangenen Jahresabschlussprüfung berücksichtigt. Zur Festlegung von Prüfungsschwerpunkten sind daraufhin kritische Prüfungsziele identifiziert und es ist ein Prüfungsprogramm entwickelt worden. In diesem Prüfungsprogramm sind der Ansatz und die Schwerpunkte der Prüfung sowie die Art und der Umfang der Prüfungshandlungen festgelegt. Dabei werden auch die zeitliche Abfolge der Prüfung und der Mitarbeiterereinsatz geplant.

Die in unserer Prüfungsstrategie identifizierten kritischen Prüfungsziele führten zu folgenden Schwerpunkten der Prüfung:

- Anlagevermögen,
- Absatz (Forderungen aus Lieferungen und Leistungen i.V.m. Umsatzerlösen),
- Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und empfangene Ertragszuschüsse,
- Leistungsverrechnung mit dem Einrichtungsträger.

Die Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen umfassten System- und Funktionstests, analytische Prüfungshandlungen sowie Einzelfallprüfungen; die angewandten Verfahren zur Auswahl unserer risikoorientierten Prüfungshandlungen basieren auf einer bewussten Auswahl.

Die Erkenntnisse der Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems wurden bei der Auswahl der analytischen Prüfungshandlungen und der von uns durchgeführten Einzelfallprüfungen berücksichtigt.

Bei unserer Prüfung nach § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG haben wir den IDW Prüfungsstandard "Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG" (IDW PS 720) beachtet. Dementsprechend haben wir unserem prüferischen Vorgehen insbesondere den darin enthaltenen Fragenkatalog, der mit Vertretern des Bundesfinanzministeriums, des Bundesrechnungshofs und der Landesrechnungshöfe erarbeitet wurde, zugrunde gelegt. Wir verweisen hierzu auf unsere Ausführungen in Abschnitt E. dieses Berichts sowie auf die Anlage 8 zu diesem Bericht zusammengestellten Angaben.

Wir haben die örtliche Prüfung vom 10. bis 14. Juni 2013 in den Geschäftsräumen des Wasserwerkes durchgeführt. Die Fertigstellung des Berichtes erfolgte in unseren Büroräumen.

Alle erbetenen Auskünfte und Nachweise wurden uns von der Betriebsleitung bzw. den von der Betriebsleitung ermächtigten Personen bereitwillig erteilt. Die von der Betriebsleitung unterzeichnete berufsübliche Vollständigkeitserklärung haben wir zu unseren Akten genommen.

Ausgehend von den Erkenntnissen aus der Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems wurden insbesondere folgende Prüfungshandlungen durchgeführt:

<u>Prüffeld</u>	<u>Prüfung der Bestandsnachweise</u>	<u>Prüfung der Bewertung</u>
Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	Materielle und formelle Kontrolle des Bestandsverzeichnisses, stichprobenweise Einsicht der Eingangsrechnungen für Zugänge, Inaugenscheinnahmen, Abgänge anhand Ausgangsrechnungen oder Verschrottungsprotokollen	Zugangsbewertung Anschaffungskosten anhand Eingangsrechnungen, Herstellungskosten anhand geeigneter Materialrechnungen, Stundenaufstellungen, Gemeinkostenzuschläge aus den Kosten- und Leistungsrechnungen Folgebewertung anhand interner Abschreibungspläne
Vorräte	Formelle und materielle Kontrolle der Verzeichnisse, Stichproben nach bewusster Auswahl bedeutsamer Posten	Zugangsbewertung anhand Eingangsrechnungen in Stichproben (bewusste Auswahl) Niederstwertprinzip (beschaffungsmarktorientiert)
Forderungen	Formelle und materielle Kontrolle der Saldenlisten, Abgrenzung	Zugangsbewertung in Stichproben anhand Ausgangsrechnungen Folgebewertung zur Ermittlung von Ausfallrisiken durch Schriftverkehr und Mahnwesen
Sonstige Aktiva	Einsicht in Bücher und Schriften, Verträge	Einsicht in Bücher und Schriften
Liquide Mittel	Kassenprotokolle, Tagesauszüge Kreditinstitute	

<u>Prüffeld</u>	<u>Prüfung der Bestandsnachweise</u>	<u>Prüfung der Bewertung</u>
Eigenkapital	Betriebssatzung, Protokolle des Betriebsausschusses, Handelsregisterauszug	
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen/ empfangene Ertragszuschüsse	Aufstellungen des Eigenbetriebes	Einsicht von geeigneten Unterlagen
Sonstige Rückstellungen	Aufstellungen des Eigenbetriebes, Verträge	Erfüllungsbeträge anhand Einsicht von geeigneten Unterlagen und Berechnungen, rechnerische Kontrolle zur Vollkostenermittlung
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Tagesauszüge, Kreditverträge	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	Formelle und materielle Kontrolle der Saldenliste, Saldenbestätigungen	Erfüllungsbeträge durch bewusste Auswahl von Eingangsrechnungen
Sonstige Passiva	Geeignete Unterlagen und Schriften, Verträge	Erfüllungsbeträge durch stichprobenhafte Prüfung vorhandener Unterlagen
Erträge/ Aufwendungen	Stichprobenweise Prüfung von Posten mit absoluter und relativer Bedeutung	

Prüfungshemmnisse lagen nicht vor.



D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

I. Feststellungen zur Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Die Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Das Rechnungswesen (Finanz- und Anlagebuchhaltung) des Eigenbetriebes erfolgt auf einer eigenen EDV-Anlage unter Verwendung des Programms DATEV.

Die Bücher des Eigenbetriebes sind ordnungsgemäß geführt. Die Buchhaltung des Vorjahres ist mit den Abschlussbuchungen abgeschlossen.

Die Buchungen sind ordnungsgemäß belegt und sachlich richtig. Die Buchführung ist nach unserer in Stichproben durchgeführten Prüfung beweiskräftig.

Das von dem Eigenbetrieb eingerichtete rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem sieht dem Geschäftszweck und -umfang angemessene Regelungen zur Organisation und Kontrolle der Abläufe vor.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung entsprechen. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.

2. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang, der als Anlage 1 beiliegt, ist auf dem von uns geprüften Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 aufgebaut und unter Einbeziehung der Inventurergebnisse richtig und vollständig aus den Büchern entwickelt.

Die Vermögensgegenstände und Schulden sind unter Beachtung der handelsrechtlichen Vorschriften ordnungsgemäß nachgewiesen.

Das handelsrechtliche Gliederungsschema für die Bilanz und für die Gewinn- und Verlustrechnung (Gesamtkostenverfahren) wurde unter Beachtung der branchenspezifischen Besonderheiten der Wasserversorgung angewandt.

Im Rahmen der Bewertung werden die handelsrechtlichen Bewertungsvorschriften beachtet.

Die Angaben im Anhang sind vollständig und zutreffend.

Soweit der Eigenbetrieb nach dem Gesetz ein Wahlrecht hat, Ausweise oder Vermerke alternativ im Anhang darzustellen, wurde die Darstellung im Anhang aus Gründen der Übersichtlichkeit des Abschlusses vorgezogen.

Nach der Erklärung des Betriebsleiters und den Feststellungen im Rahmen unserer Prüfung sind sämtliche Aktiva und Passiva erfasst, die Rückstellungen nach den bei Bilanzaufstellung vorliegenden Erkenntnissen ausreichend bemessen. Haftungsverhältnisse i.S. von § 251 HGB liegen nicht vor.

3. Der Lagebericht

Der Lagebericht 2012 der Betriebsleitung ist dem Bericht als Anlage 2 beigelegt.

Der Lagebericht der Betriebsleitung entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Nach den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen werden der Geschäftsverlauf und die Lage des Eigenbetriebes zutreffend dargestellt.

Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss. Er vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes.

Die Prüfung hat zu dem Ergebnis geführt, dass wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind und dass die Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB vollständig und zutreffend sind.



II. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2012

1. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen und sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

Die allgemeinen Grundsätze über die Bewertung und die Wertansätze der Vermögensgegenstände und Schulden wurden beachtet. Hinsichtlich der einzelnen angewandten und geprüften Bewertungsgrundlagen und -methoden verweisen wir auf die Ausführungen des Eigenbetriebes im Anhang sowie unsere Darstellungen unter "C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung".

Bilanzierungswahlrechte wurden nicht in Anspruch genommen. Bewertungswahlrechte wurden unverändert gegenüber dem Vorjahr angewandt. Eine Änderung bei der Ausnutzung von Ermessensspielräumen ergab sich nicht. Ermessensspielräume wurden dem Grundsatz der kaufmännischen Vorsicht folgend ausgeübt.

Über sachverhaltsgestaltende Maßnahmen, die einen wesentlichen Einfluss auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben, ist nicht zu berichten.

2. Gesamtaussage

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 ist richtig aus den Büchern entwickelt. Er entspricht in seiner Gliederung und Bewertung den gesetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Betriebssatzung. Die Buchführung ist ordnungsgemäß; sie entspricht ebenfalls dem Gesetz.

Nach unserer Beurteilung vermittelt der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und der Ertragslage des Eigenbetriebes.



III. Analyse und Erläuterung des Jahresabschlusses

1. Vermögenslage

	31.12.2012		31.12.2011		Veränderung
	TEUR	%	%	TEUR	TEUR
A. Vermögen					
I. Anlagevermögen					
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,0	0,0	0	0
2. Sachanlagen	6.846	88,0	87,8	6.793	53
3. Summe	6.846	88,0	87,8	6.793	53
II. Umlaufvermögen					
1. Vorräte	150	1,9	2,2	169	-19
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	493	6,4	6,1	471	22
3. Forderungen an die Stadt	72	0,9	0,7	55	17
4. Sonstige Vermögensgegenstände	213	2,7	3,0	234	-21
5. Liquide Mittel	7	0,1	0,2	15	-8
6. Summe	935	12,0	12,2	944	-9
III. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,0	0,0	1	-1
IV. Vermögen gesamt	7.781	100,0	100,0	7.738	43
B. Kapital					
I. Eigenkapital und eigenkapitalähnliche Posten					
1. Stammkapital,	1.099	14,1	14,2	1.099	0
2. Allgemeine Rücklage	198	2,5	2,5	198	0
3. Gewinnvortrag	1.005	13,0	11,8	915	90
4. Jahresgewinn	47	0,6	1,2	90	-43
5. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und empfangene Ertragszuschüsse	1.162	14,9	14,7	1.136	26
6. Summe	3.511	45,1	44,4	3.438	73
II. Fremdkapital					
1. Sonstige Rückstellungen	38	0,5	0,4	33	5
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.797	48,8	51,2	3.960	-163
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	221	2,9	1,3	96	125
4. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt	3	0,0	0,6	43	-40
5. Sonstige Verbindlichkeiten	196	2,5	2,0	157	39
6. Summe	4.255	54,7	55,5	4.289	-34
III. Rechnungsabgrenzungsposten	15	0,2	0,1	11	4
IV. Kapital gesamt	7.781	100,0	100,0	7.738	43

Rundungsdifferenzen bei den Prozentwerten sind EDV-bedingt.



Aufgliederung und Erläuterung der Posten des Jahresabschlusses

Das Anlagevermögen erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund Investitionen in Höhe von TEUR 462, denen Abschreibungen in Höhe von TEUR 408 und Nettoabgänge in Höhe von TEUR 1 gegenüber stehen, um TEUR 53.

Die Investitionen verteilen sich wie folgt:

	<u>TEUR</u>
Leitungsnetz und Hausanschlüsse	231
Betriebs- und Geschäftsausstattung	36
Maschinen und maschinelle Anlagen	1
Speicheranlagen	8
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>186</u>
	<u>462</u>

Die Verringerung der Vorräte um TEUR 19 im Vergleich zum Vorjahr beruht im Wesentlichen auf um TEUR 17 niedrigeren Vorräten an Hauptrohrnetzmaterial sowie um TEUR 2 ebenfalls niedrigeren Vorräten an Hausanschlussmaterial.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich um TEUR 22. Die wesentlichen Erhöhungen sind bei den Hausanschlusskosten (+TEUR 29), den Großabnehmern (+TEUR 22), den Anliegerbeiträgen (+TEUR 21) sowie den Reparaturkostenerstattungen (+TEUR 9) zu verzeichnen. Dagegen reduzierten sich die Forderungen bei den Tarifabnehmern (-TEUR 37) und den Arbeiten für Dritte (-TEUR 18). Die Einzelwertberichtigung wurde gegenüber dem Vorjahr um TEUR 6 erhöht.

Die Forderungen an die Stadt sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 17 gestiegen. Dies beruht im Wesentlichen auf um TEUR 13 höheren Forderungen aus der Gewerbesteuer und um TEUR 8 höheren Forderungen aus der Umsatzsteuer. Die restlichen Forderungen an die Stadt fielen per saldo um TEUR 4.



Die sonstigen Vermögensgegenstände sind um TEUR 21 auf TEUR 213 rückläufig. Hierbei sind vor allem die Forderungen aus einem zinslos gestundeten Anschlussbeitrag für die Bebauung des Hochschulviertels um TEUR 14 aufgrund von Zahlungseingängen und Forderungen aus einem Erstattungsanspruch aus Wasserbezug WTV um TEUR 15 gesunken. Die Forderungen gegen das Finanzamt aus der Körperschaftsteuer und dem Solidaritätsbeitrag haben sich um TEUR 11 gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Die liquiden Mittel verringerten sich stichtagsbedingt um TEUR 8.

Das Eigenkapital und die eigenkapitalähnlichen Posten stiegen im Vorjahresvergleich um TEUR 73 an. Dies ist auf den Jahresgewinn in Höhe von TEUR 47 und die um insgesamt TEUR 26 höheren Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen sowie empfangene Ertragszuschüsse zurückzuführen.

Die Erhöhung der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und der empfangenen Ertragszuschüsse beruht auf Zuführungen in Höhe von TEUR 162, denen planmäßige Auflösungen in Höhe von TEUR 136 gegenüber stehen.

Der Anstieg der Rückstellungen um TEUR 5 beruht in erster Linie auf der um TEUR 5 höheren Zuführung zu den Rückstellungen für Urlaubsansprüche. Die übrigen Rückstellungen sind nahezu unverändert geblieben.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 163 gesunken. Die langfristigen Verbindlichkeiten verminderten sich aufgrund planmäßiger Darlehenstilgungen um TEUR 203. Die Kontokorrentverbindlichkeiten haben sich dagegen um TEUR 40 erhöht.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich stichtagsbedingt um TEUR 125.

Die Reduzierung der Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt um TEUR 40 beruhen im Wesentlichen auf im Vorjahr bilanzierten Verbindlichkeiten aus Gewerbesteuer in Höhe von TEUR 34 und Verbindlichkeiten aus anteiligen EDV-Kosten in Höhe von TEUR 4, denen im Berichtsjahr keine entsprechenden Verbindlichkeiten gegenüber stehen.



Die sonstigen Verbindlichkeiten verzeichnen im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg um TEUR 39. Die Verbindlichkeiten aus Überzahlungen sind um TEUR 36, aus dem ausstehenden Beitrag Maschinenversicherungen um TEUR 7 gestiegen. Demgegenüber haben sich die Verbindlichkeiten aus Lohn- und Kirchensteuer für den Monat Dezember sowie aus dem Berufsgenossenschaftsbeitrag des Berichtsjahres um jeweils TEUR 1 verringert. Die übrigen sonstigen Verbindlichkeiten fielen im Vergleich zum Vorjahr per saldo um TEUR 2 niedriger aus.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten erhöhte sich um TEUR 4. Der Ausweis betrifft im Wesentlichen eine vereinnahmte Pachtvorauszahlung, die über die Vertragslaufzeit ratierlich aufgelöst wird. Durch neue vertragliche Gestaltung kam es im Berichtsjahr zu einer Einmalzahlung und einer Verlängerung der Vertragslaufzeit.

2. Kapitalflussrechnung

	TEUR	TEUR
A. Ordentliche Geschäftstätigkeit		
1. Jahresergebnis	47	
2. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	408	
3. Auflösung Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen/empfangene Ertragszuschüsse	-136	
4. Veränderung Vorräte	19	
5. Veränderung Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-22	
6. Veränderung Forderungen an die Stadt	-17	
7. Veränderung sonstige Vermögensgegenstände	21	
8. Veränderung aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	1	
9. Veränderung Rückstellungen	5	
10. Veränderung Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	125	
11. Veränderung Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt	-40	
12. Veränderung sonstige Verbindlichkeiten	39	
13. Veränderung passiver Rechnungsabgrenzungsposten	4	
B. Zunahme des Finanzvermögens aus der ordentlichen Geschäftstätigkeit		454
C. Investitionstätigkeit		
1. Investitionen	-462	
2. Abgang Anlagevermögen	1	
3. Zuführung Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen/empfangene Ertragszuschüsse	162	
D. Abnahme des Finanzvermögens aus der Investitionstätigkeit		-299
E. Finanzierungstätigkeit		
Darlehenstilgung	-203	
F. Abnahme des Finanzvermögens aus der Finanzierungstätigkeit		-203
G. Abnahme des Finanzvermögens		-48
H. Barvermögen am Beginn des Wirtschaftsjahres*		-1.135
I. Barvermögen am Ende des Wirtschaftsjahres*		-1.183

* Inklusive Kontokorrentverbindlichkeiten.

3. Ertragslage

	2012		2011		i. Vgl. z. Vj.	Ergeb- nisaus- wirkung TEUR
	TEUR	%	%	TEUR	%	
A. <u>Betriebsleistung</u>						
1. Umsatzerlöse	2.511	95,8	96,8	2.583	-2,8	-72
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	72	2,7	1,8	47	53,2	25
3. Sonstige betriebliche Erträge	37	1,5	1,4	38	-2,6	-1
4. Betriebsleistung	2.620	100,0	100,0	2.668	-1,8	-48
B. <u>Aufwendungen</u>						
1. Materialaufwand	1.207	46,1	44,7	1.191	1,3	-16
2. Personalaufwand	555	21,2	20,7	553	0,4	-2
3. Abschreibungen	408	15,6	15,3	408	0,0	0
4. Betriebskosten	174	6,6	6,1	163	6,7	-11
5. Verwaltungskostenbeitrag	71	2,7	2,5	67	6,0	-4
6. Sonstige Steuern	3	0,1	0,1	3	0,0	0
7. Aufwendungen	2.418	92,3	89,4	2.385	1,4	-33
C. <u>Betriebsergebnis (A - B)</u>	202	7,7	10,6	283	-28,6	-81
D. <u>Finanzergebnis</u>						
1. Zinserträge	1	0,0	0,0	1	0,0	0
2. Zinsaufwendungen	116	4,4	4,8	129	-10,1	13
3. Finanzergebnis (1 - 2)	-115	-4,4	-4,8	-128	-10,2	13
E. <u>Neutrales Ergebnis</u>						
1. Neutrale Erträge	12	0,5	0,2	5	*	7
2. Neutrale Aufwendungen	31	1,2	1,1	29	6,9	-2
3. Neutrales Ergebnis (1 - 2)	-19	-0,7	-0,9	-24	-20,8	5
F. <u>Unternehmensergebnis vor Ertragsteuern</u>	68	2,6	4,9	131	-48,1	-63
G. <u>Ertragsteuern</u>	21	0,8	1,5	41	-48,8	20
H. <u>Jahresgewinn</u>	47	1,8	3,4	90	-47,8	-43

* Veränderungen über 100 % werden nicht ausgewiesen.
Rundungsdifferenzen bei den Prozentwerten sind EDV-bedingt.

Aufgliederung und Erläuterung der Posten des Jahresabschlusses

Die Umsatzerlöse setzen sich wie folgt zusammen:

	2012	2011	2012 TEUR	2011 TEUR	Verän- derung TEUR
Tarifabnehmer			1.644	1.668	-24
- Tarif	1,38 €/m³	1,38 €/m³			
Veränderung zum Vorjahr	0,00 €/m³				
- Menge	1.191.113 m³	1.208.737 m³			
Veränderung zum Vorjahr	-17.624 m³				
Großabnehmer			235	257	-22
- Tarif	1,38 €/m³	1,38 €/m³			
Veränderung zum Vorjahr	0,00 €/m³				
- Menge	170.002 m³	186.606 m³			
Veränderung zum Vorjahr	-16.604 m³				
Bauwasser			7	9	-2
Verbrauchsabgrenzung			0	-26	26
Grundgebühr			433	428	5
Installations- und Reparaturarbeiten			56	87	-31
Auflösung Ertragszuschüsse/ Investitionszuschüsse			136	160	-24
			2.511	2.583	-72

Die Umsatzerlöse für Tarifabnehmer haben eine Senkung von TEUR 24 auf TEUR 1.644 erfahren. Bei gegenüber dem Vorjahr gleich gebliebenem Tarif ist die Verringerung auf eine um 17.624 m³ niedrigere Wasserverkaufsmenge zurückzuführen. Die Verminderung bei den Umsatzerlösen für Großabnehmer beruht bei gleichem Tarif auf einer um 16.604 m³ geringeren Abnahmemenge gegenüber dem Vorjahr.

Die Erstattungen für Installations- und Reparaturarbeiten sind um TEUR 31 auf TEUR 56 gesunken. Im Berichtsjahr bestanden weniger erstattungsfähige Schadenfälle an Hausanschlüssen.



Aufgrund gesteigerter Investitionstätigkeit im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die aktivierten Eigenleistungen um TEUR 25 auf TEUR 72.

Die sonstigen betrieblichen Erträge verringerten sich um TEUR 1. Einer im Vorjahr gegebenen Kostenerstattung für die Erneuerung der Brunnepumpe im Brunnen Honert in Höhe von TEUR 7 steht im Berichtsjahr keine entsprechende Kostenerstattung gegenüber. Im Gegenzug gab es im Berichtsjahr um TEUR 6 höhere Erträge aus Versicherungserstattungen.

Der Materialaufwand ist um TEUR 16 gestiegen. Dabei stiegen die Aufwendungen für bezogene Leistungen um TEUR 56, während die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren um TEUR 40 gesunken sind.

Im Bereich der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren verminderten sich die Aufwendungen für den Wasserbezug an den Wahnachtalsperrenverband um TEUR 22, was auf eine Absenkung des Bezugspreises von EUR/m³ 0,64 auf EUR/m³ 0,62 zurückzuführen ist. Der Materialbezug ist per saldo um TEUR 17 gesunken. Als Hauptursache ist der höhere Bedarf für den Wasserzählertausch im Vorjahr zu nennen. Der Aufwand aus Inventurdifferenzen ist um TEUR 1 ebenfalls geringer ausgefallen.

Die Erhöhung der Aufwendungen für bezogene Leistungen ist mit dem Anstieg der Leistungen für das Hauptrohrnetz (+TEUR 56) zu begründen. Im Berichtsjahr hat es witterungsbedingt eine höhere Anzahl von Wasserrohrbrüchen gegeben.

Die geringfügige Steigerung des Personalaufwandes um TEUR 2 ist insbesondere auf die höhere Zuführung zu Urlaubsrückstellungen zurückzuführen.

Die Abschreibungen blieben mit TEUR 408 gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die Betriebskosten sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 11 auf TEUR 174 gestiegen. Die wesentlichen Erhöhungen fanden in den Kraftfahrzeugkosten (+TEUR 5), den Buchführungskosten (+TEUR 3), dem Bürobedarf (+TEUR 2) und den Versicherungen (+TEUR 1) statt.

Der Verwaltungskostenbeitrag ist gegenüber dem Vorjahr geringfügig um TEUR 4 auf TEUR 71 gestiegen.



Das Finanzergebnis verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 13 und ist mit TEUR 115 negativ. Während die Zinserträge mit TEUR 1 gegenüber dem Vorjahr unverändert blieben, verringerten sich die Zinsaufwendungen, insbesondere aufgrund der planmäßigen Darlehenstilgung und der niedrigeren kurzfristigen Geldaufnahme, um TEUR 13.

Das neutrale Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	<u>2012</u> TEUR	<u>2011</u> TEUR	<u>Ergebnis-</u> <u>auswirkung</u> TEUR
<u>Erträge</u>			
Wassergeld Vorjahre	10	3	7
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	0	1	-1
Erträge aus Anlageabgängen	0	1	-1
Erträge aus Ausbuchung von Verbindlichkeiten	<u>2</u>	<u>0</u>	<u>2</u>
Summe	12	5	7
<u>Aufwendungen</u>			
Zuführung Einzelwertberichtigung	6	24	18
Erstattung Wassergeld aus Vorjahren	12	5	-7
Forderungsverluste	12	0	-12
Sonstiges	<u>1</u>	<u>0</u>	<u>-1</u>
Summe	31	29	-2
Neutrales Ergebnis	<u>-19</u>	<u>-24</u>	<u>5</u>

Unter Berücksichtigung des Betriebsergebnisses in Höhe von TEUR 202, des Finanzergebnisses in Höhe von TEUR -115 und des neutralen Ergebnisses von TEUR -19 ergibt sich ein Unternehmensergebnis vor Ertragsteuern von TEUR 68 (Vorjahr: TEUR 131).

Nach Einrechnung der Ertragsteuern, die sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 20 vermindert haben, ergibt sich ein gegenüber dem Vorjahr um TEUR 43 gesunkener Jahresgewinn von TEUR 47.

4. Wirtschaftsplana) ErfolgsplanGegenüberstellung von Erfolgsplan und Gewinn- und Verlustrechnung 2012

	<u>Voranschlag</u> TEUR	<u>Gewinn- und</u> <u>Verlustrechnung</u> TEUR	<u>Ergebnis-</u> <u>auswirkung</u> TEUR
Umsatzerlöse	2.526	2.511	-15
Andere aktivierte Eigenleistungen	78	72	-6
Sonstige betriebliche Erträge	26	37	11
A. Betriebsleistung	2.630	2.620	-10
Materialaufwand	1.454	1.207	247
Personalaufwand	555	555	0
Abschreibungen	390	408	-18
Betriebskosten	182	174	8
Verwaltungskostenbeitrag	69	71	-2
Sonstige Steuern	3	3	0
B. Aufwendungen	2.653	2.418	235
C. Betriebsergebnis (A - B)	-23	202	225
Zinserträge	1	1	0
Zinsaufwendungen	140	116	24
D. Finanzergebnis	-139	-115	24
Neutrale Erträge	0	12	12
Neutrale Aufwendungen	3	31	-28
E. Neutrales Ergebnis	-3	-19	-16
F. Ertragsteuern	0	21	-21
G. Jahresverlust/-gewinn (C + D + E - F)	-165	47	212

Die Abweichungen im Bereich des Materialaufwandes beruhen im Wesentlichen auf um rund TEUR 130 höher geplantem Aufwand für den Wasserbezug. In der Planung war ein Wasserbezugspreis von rd. 68,17 Cent je m³ berücksichtigt. Tatsächlich wurden rd. 62 Cent je m³ in Rechnung gestellt.

Beim Materialbezug sind die tatsächlichen Aufwendungen um TEUR 53 niedriger als geplant. Daneben fielen die Unterhaltungsaufwendungen um TEUR 67 geringer aus als im Plan veranschlagt.

b) VermögensplanGegenüberstellung von Vermögensplan und Einnahmen-Ausgaben-Ist

	<u>Plan - 2012</u> TEUR	<u>Ist - 2012</u> TEUR	<u>Abweichung</u> TEUR
<u>Einnahmen</u>			
Abschreibungen und Abgänge	390	409	19
Zuführung zu Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen/ empfangene Ertragszuschüsse	80	162	82
Darlehensaufnahme	1.144	0	-1.144
Verminderung sonstige Aktiva	0	2	2
Erhöhung sonstige Passiva	0	133	133
Verminderung flüssige Mittel	0	48	48
Jahresgewinn	0	47	47
	<u>1.614</u>	<u>801</u>	<u>-813</u>
<u>Ausgaben</u>			
Investitionen	1.098	462	-636
Auflösung Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen/empfangene Ertragszuschüsse	140	136	-4
Planmäßige Darlehenstilgung	208	203	-5
Jahresverlust	168	0	-168
	<u>1.614</u>	<u>801</u>	<u>-813</u>

Die geplanten Darlehensaufnahmen wurden aufgrund der überwiegenden Finanzierung über Tagesgeldaufnahme nicht durchgeführt.



E. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrages

Feststellungen gemäß § 53 HGrG

Wir haben im Rahmen unserer Prüfung auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 HGrG sowie den IDW Prüfungsstandard "Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG" (IDW PS 720) beachtet. Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d.h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften sowie den Bestimmungen der Satzung geführt worden sind.

Die im Gesetz und in den dazu vorliegenden Prüfungsgrundsätzen geforderten Angaben haben wir im Detail in Anlage 8 zu diesem Bericht zusammengestellt.

Über die in dem vorliegenden Bericht dargestellten Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Betriebsleitung von Bedeutung sind.



F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 (Anlage 1) und dem Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2012 (Anlage 2) des Wasserwerkes der Stadt Rheinbach, Rheinbach, unter dem Datum vom 14. Juni 2013 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

"Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Wasserwerkes der Stadt Rheinbach, Rheinbach, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung liegen in der Verantwortung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht des Eigenbetriebes abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebes sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt.



Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Betriebsleitung des Eigenbetriebes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."

Den vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).



Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Bonn, 14. Juni 2013

DORNBACH GMBH
NIEDERLASSUNG BONN
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Dr. Kohout
Wirtschaftsprüfer

Bokelmann
Wirtschaftsprüfer

ANLAGEN

Wasserwerk der Stadt Rheinbach, Rheinbach

Bilanz zum 31. Dezember 2012

Aktiva

	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	388,51	415,51
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke mit Betriebs- und anderen Bauten	137.148,67	147.247,67
2. Gewinnungs- und Bezugsanlagen	16.022,94	18.607,94
3. Verteilungsanlagen	6.487.306,68	6.206.618,35
4. Maschinen und maschinelle Anlagen	54.677,67	66.963,67
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	127.935,18	130.054,18
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	22.963,77	222.751,30
	<u>6.846.054,91</u>	<u>6.792.243,11</u>
	6.846.443,42	6.792.658,62
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	149.637,90	169.457,83
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	493.471,46	470.727,89
2. Forderungen an die Stadt	72.280,44	54.961,42
3. Sonstige Vermögensgegenstände	212.853,83	233.610,19
	<u>778.605,73</u>	<u>759.299,50</u>
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	6.690,99	15.086,39
	<u>934.934,62</u>	<u>943.843,72</u>
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	<u>0,00</u>	<u>1.342,68</u>
	<u>7.781.378,04</u>	<u>7.737.845,02</u>

Passiva

	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Stammkapital	1.099.277,54	1.099.277,54
II. Allgemeine Rücklage	198.244,33	198.244,33
III. Gewinnvortrag	1.005.512,96	915.325,61
IV. Jahresgewinn	<u>47.478,68</u>	<u>90.187,35</u>
	2.350.513,51	2.303.034,83
B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONSZUSCHÜSSE ZUM ANLAGEVERMÖGEN	709.102,00	574.237,00
C. EMPFANGENE ERTRAGSZUSCHÜSSE	452.617,51	561.699,51
D. RÜCKSTELLUNGEN		
Sonstige Rückstellungen	37.600,00	32.900,00
E. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.786.937,50	3.959.900,32
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	221.213,61	96.105,74
3. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt	2.979,70	42.907,50
4. Sonstige Verbindlichkeiten	195.729,12	156.403,03
- davon aus Steuern: EUR 4.109,24 (Vorjahr: EUR 5.408,58)		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 1.470,00 (Vorjahr: EUR 2.760,72)		
	<u>4.216.859,93</u>	<u>4.255.315,59</u>
F. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	<u>14.685,09</u>	<u>10.657,09</u>
	<u>7.781.378,04</u>	<u>7.737.845,02</u>

Wasserwerk der Stadt Rheinbach, Rheinbach

Gewinn- und Verlustrechnung für 2012

	<u>2012</u> EUR	<u>2011</u> EUR
1. Umsatzerlöse	2.511.418,36	2.583.091,82
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	71.640,29	47.051,87
3. Sonstige betriebliche Erträge	48.520,98	42.949,88
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	971.243,66	1.010.833,57
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>235.994,78</u>	<u>180.034,89</u>
	1.207.238,44	1.190.868,46
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	433.225,74	429.318,09
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	121.869,31	123.925,91
- davon für Altersversorgung: EUR 33.825,75 (Vorjahr: EUR 33.134,26)		
	<u>555.095,05</u>	<u>553.244,00</u>
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	408.005,96	408.329,94
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	275.575,34	258.922,35
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	973,23	870,02
- davon Erträge aus der Veränderung der Abzinsung: EUR 904,89 (Vorjahr: EUR 764,42)		
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>115.754,26</u>	<u>129.076,58</u>
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	70.883,81	133.522,26
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	20.414,22	40.217,00
12. Sonstige Steuern	<u>2.990,91</u>	<u>3.117,91</u>
13. Jahresgewinn	<u><u>47.478,68</u></u>	<u><u>90.187,35</u></u>

Anhang 2012

1. Allgemeine Angaben

Die Gliederung der Bilanz erfolgte gemäß § 22 EigVO NRW nach § 266 HGB. Die Gewinn- und Verlustrechnung erfolgte gemäß § 23 EigVO NRW nach § 275 HGB.

Soweit für Pflichtangaben Wahlrechte bestehen, diese in der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang darzustellen, sind diese aus Gründen der Übersichtlichkeit im Anhang dargestellt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

Die Ausweisstetigkeit wurde gewahrt, ein grundlegender Bewertungswechsel gegenüber dem Vorjahr fand nicht statt.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss 2012 ist unter Beachtung der Vorschriften der EigVO NRW in der Neufassung der Bekanntmachung vom 16. November 2004 aufgestellt.

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden haben wir entsprechend den handelsrechtlichen Bewertungsvorschriften unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung vorgenommen.

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens sind mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Das Sachanlagevermögen ist mit Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Absetzung planmäßiger Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen errechnen sich nach der linearen Methode unter Zugrundelegung der jeweiligen Nutzungsdauer. Die Herstellungskosten erhalten neben direkt zurechenbaren Lohn- und Materialkosten auch angemessene Gemeinkosten.

Für die Jahre 2008 und 2009 wurden für bewegliche, selbstständig nutzbare Anlagegüter mit Anschaffungskosten ab EUR 150,00 bis EUR 1.000,00 ein Sammelposten gebildet und über fünf Jahre abgeschrieben (entsprechend § 6 Abs. 2a EStG).

Geringwertige Anlagegüter werden ab dem Jahr 2010 voll abgeschrieben.

Die Vorräte werden mit fortgeschriebenen durchschnittlichen Einstandspreisen angesetzt. Das Niederstwertprinzip wurde beachtet.

Die Bewertung der Forderungen und sonstige Aktiva erfolgt grundsätzlich mit ihrem Nominalbetrag. Zweifelhafte Forderungen sind mit ihrem wahrscheinlichen Wert angesetzt, unverzinslich gestundete Forderungen werden mit ihrem Barwert bilanziert. Uneinbringliche Forderungen werden ausgebucht.

Die empfangenen Ertragszuschüsse sind bis zum 31. Dezember 2002 analog § 22 Abs. 2 EigVO NW a.F. als Passivposten ausgewiesen und werden mit 5 % p.a. aufgelöst. In den Wirtschaftsjahren 2003 bis 2006 wurden die empfangenen Ertragszuschüsse direkt von den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten der bezuschussten Anlagegegenstände abgesetzt. Seit dem 1. Januar 2007 werden die Ertragszuschüsse als Sonderposten passiviert, welcher über die Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagegegenstände ergebniswirksam aufgelöst wird.

Bei der Bemessung der Rückstellungen wurde allen erkennbaren Risiken ausreichend und angemessen zum Erfüllungsbetrag Rechnung getragen.

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Sonstige Aktivierungswahlrechte wurden nicht in Anspruch genommen.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sind gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Wasserwerk der Stadt Rheinbach
53359 Rheinbach

Anlagennachweis zum 31.12.2012

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen				Restbuchwerte	
	Stand 1.1.2012 Euro	Zugang Euro	Umbuchung Euro	Abgang Euro	Stand 31.12.2012 Euro	Stand 1.1.2012 Euro	Zugang Euro	Abgang Euro	Stand 31.12.2012 Euro	Stand 31.12.2012 Euro	Vorjahr Euro
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
Konzessionen, und ähnliche Rechte	17.874,18	0,00	0,00	6.723,49	10.950,69	17.268,67	26,00	6.722,49	10.562,18	388,51	415,51
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke mit Betriebs- und anderen Bauten	596.732,85	0,00	0,00	0,00	596.732,85	449.485,18	10.099,00	0,00	459.584,18	137.148,67	147.247,67
2. Gewinnungs- und Bezugsanlagen	397.125,16	0,00	0,00	0,00	397.125,16	378.517,22	2.585,00	0,00	381.102,22	16.022,94	18.607,94
3. Verteilungsanlagen											
- Speicheranlagen	1.759.482,04	7.672,95	0,00	1.026,26	1.766.128,73	982.156,39	40.257,95	1.025,26	1.021.389,08	744.739,65	777.325,65
- Leitungsnetz u. Hausanschluss	12.335.417,49	231.584,70	385.645,19	138.683,08	12.813.964,32	6.941.587,79	300.385,89	138.672,39	7.103.301,29	5.710.663,03	5.393.829,70
- Messeinrichtungen	64.975,28	0,00	0,00	0,00	64.975,28	29.512,28	3.559,00	0,00	33.071,28	31.904,00	35.463,00
4. Maschinen und maschinelle Anlagen	257.151,50	1.361,99	0,00	0,00	258.513,49	190.187,83	13.647,99	0,00	203.835,82	54.677,67	66.963,67
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	432.848,31	35.667,13	0,00	8.269,56	460.245,88	302.794,13	37.445,13	7.928,56	332.310,70	127.935,18	130.054,18
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	222.751,30	185.857,66	-385.645,19	0,00	22.963,77	0,00	0,00	0,00	0,00	22.963,77	222.751,30
	16.066.483,93	462.144,43	0,00	147.978,88	16.380.649,48	9.274.240,82	407.979,96	147.626,21	9.534.594,57	6.846.054,91	6.792.243,11
	16.084.168,11	462.144,43	0,00	154.702,37	16.391.600,17	9.291.499,49	408.005,96	154.348,70	9.545.156,75	6.846.443,42	6.792.658,62

3. Geplante Maßnahmen

Zum 31.12.2012 waren folgende Baumaßnahmen noch nicht abgeschlossen:

	2012
	EUR
Bau Fertiggarage	6.018,74
Erneuerung Haptrohrnetz Oberdrees/Peppenhoven	4.641,61
Sanierung Hochbehälter Beuelskopf	4.604,50
Zaunanlage Hochbehälter	7.698,92
	22.963,77

Wesentlicher Bestandteil des Investitionsprogramms 2013 sind Hauptrohrnetzerweiterungen/-erneuerungen in den Bereichen Rheinbach, Gülden Morgen/Haltepunkt DB, Peppenhoven-Oberdrees.

4. Förderungen an die Stadt

Der Ausweis betrifft Forderungen an die Stadt Rheinbach aus Umsatzsteuer (TEUR 34), Gewerbesteuer (TEUR 13) und anteiligen Kostenübernahmen (TEUR 25).

5. Sonstige Vermögensgegenstände

Der Ausweis umfasst im Wesentlichen in Höhe von TEUR 118 zinslos gestundete Anschlussbeiträge der Landesentwicklungsgesellschaft NRW GmbH, gestundete, mit 6 % abgezinste Anschlussbeiträge in Höhe von TEUR 16 mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr, Erstattungsansprüche gegen das Finanzamt aus Ertragsteuern in Höhe von TEUR 27 sowie Forderungen aus Wasserbezug WTV in Höhe von TEUR 49.

6. Eigenkapital

Das Eigenkapital entwickelte sich wie folgt:

	Stand 31.12.2011 Euro	Zuführung Euro	Entnahme Euro	Stand 31.12.2012 Euro
Stammkapital	1.099.277,54	0,00	0,00	1.099.277,54
Allgemeine Rücklage	198.244,33	0,00	0,00	198.244,33
Gewinnvortrag	915.325,61	90.187,35	0,00	1.005.512,96
Jahresgewinn	90.187,35	47.478,68	90.187,35	47.478,68
	2.303.034,83	137.666,03	90.187,35	2.350.513,51

7. Rückstellungen

Die Rückstellungen entwickelten sich wie folgt:

	Stand 1.1.2012 Euro	Auflösung Euro	Inanspruch- nahme Euro	Zuführung Euro	Aufzinsung Euro	Stand 31.12.2012 Euro
<u>Sonstige Rückstellungen</u>						
Interne Jahresabschlusskosten	5.000,00	0,00	5.000,00	5.000,00	0,00	5.000,00
Prüfungs- und Beratungskosten	10.600,00	300,00	10.300,00	10.600,00	0,00	10.600,00
Urlaubsansprüche	15.500,00	0,00	15.500,00	20.150,00	0,00	20.150,00
Überstunden	1.800,00	0,00	1.800,00	1.850,00	0,00	1.850,00
	32.900,00	300,00	32.600,00	37.600,00	0,00	37.600,00

8. Verbindlichkeitspiegel

	Gesamtbetrag Euro	bis 1 Jahr Euro	<u>Restlaufzeit:</u> 1 bis 5 Jahre Euro	mehr als 5 Jahre Euro
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.796.937,50	1.392.232,28	701.755,48	1.702.949,74
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	221.213,61	221.213,61		
Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt	2.979,70	2.979,70		
Sonstige Verbindlichkeiten	195.729,12	195.729,12		
	4.216.859,93	1.812.154,71	701.755,48	1.702.949,74

9. Umsatzerlöse Wasserverkauf**a) Wasserverkauf**

	2012 EUR	2011 EUR
Tarif je cbm	1,38	1,38

Mengen und Erlöse

	2012 Menge cbm	2012 Erlös EUR	2011 Menge cbm	2011 Erlös EUR
Tarifabnehmer	1.191.113	1.643.735,94	1.208.737	1.668.057,06
Großabnehmer	170.002	234.602,76	186.606	257.516,28
Bauwasser	5.524	7.623,12	6.437	8.883,06
	1.366.639	1.885.961,82	1.401.780	1.934.456,40

Hinzu kommen die Grundgebühren in Höhe von EUR 433.443,37 (Vorjahr: EUR 427.763,78).

b) Erlöse aus Hausanschluss- und Wasserzählerreparaturen

2012 EUR	2011 EUR
56.246,81	86.587,27

c) Auflösung Ertrags- und Investitionszuschüsse

2012	2011
EUR	EUR
136.196,57	159.782,91

10. Personalaufwand

	2012	2011
	EUR	EUR
a) Gehälter	433.225,74	429.318,09
b) Soziale Abgaben und Beiträge		
Sozialabgaben	85.173,27	85.090,93
Berufsgenossenschaft	2.870,29	5.700,72
Versorgungsaufwand	33.825,75	33.134,26
	121.869,31	123.925,91
Personalaufwand	555.095,05	553.244,00

11. Mitarbeiter

Im Wirtschaftsjahr 2012 waren durchschnittlich direkt beim Wasserwerk beschäftigt:

Verwaltung
4 Angestellte
(davon 1 Teilzeitkraft)

Betrieb
1 Rohrnetzmeister
1 Elektriker
1 Heizungsbauer
1 Heizungs- und Lüftungsbauer
1 Facharbeiter für Schweißtechnik
1 Gas- und Wasserinstallateur
1 Rohrnetzbauer

Im Jahresdurchschnitt waren beschäftigt:

	2012	2011
	Anzahl	Anzahl
Verwaltung		
Tariflich Beschäftigte (davon 1 Teilzeitkraft)	4	4
Betrieb		
Tariflich Beschäftigte	7	7

12. Steuern vom Einkommen und Ertrag

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wird mit Steuern vom Einkommen und Ertrag in Höhe von € 20.414,22 belastet.

13. Abschlussprüferhonorare

Für die Prüfung des Jahresabschlusses wurde eine Rückstellung in Höhe von TEUR 9 gebildet.

14. Leistungen für die Betriebsleitung und Mitglieder des Betriebsausschusses

	<u>EUR</u>
Betriebsleitung	43.024,00
Betriebsausschuss	105,00
	<u>43.129,00</u>

Auf den Betriebsleiter entfallen rd. TEUR 15, auf seinen Stellvertreter rd. TEUR 28.

15. Mitglieder der Betriebsleitung und des Betriebsausschusses

Betriebsleitung

Kämmerer Walter Kohlosser, Betriebsleiter, (seit 1. Januar 2008)

Verwaltungsfachwirt Peter Eich, stellv. Betriebsleiter, (seit 1. Januar 2008)

Mitglieder des Ausschusses

Ratsmitglieder

Ilka Rick (Vorsitzende), Verwaltungsangestellte

Joachim Schollmeyer (Stellvertreter), IT Berater

Georg Schragen, Technischer Beamter

Renate Krämer, Krankengymnastin

Paul Josef Witsch, Elektroprüfmeister, bis 30. April 2012

Ursula Schaefers, Fachlehrerin a.D., ab 1. Mai 2012

Jürgen Spilles, Kriminalbeamter

David Maaß, Historiker

Fred Gottfried Bongartz, Unternehmer

Sachkundige Bürger

Karl Franz Steiger, Oberstleutnant

Dr. Reinhard Stumpf, Regierungsdirektor a.D.

Bruno Weber, Unternehmer

Reinhold Becker, Kriminalkommissar, bis 23. April 2012

Michael Rohloff, Beamter, ab 24. September 2012

Vertreter der Arbeitnehmer

Thomas Hampe, Facharbeiter für Schweißtechnik

Thomas Spilles, Gas- und Wasserinstallateur

Rheinbach, den 14. Juni 2013

Wasserwerk der Stadt Rheinbach

gez. Walter Kohlosser
Betriebsleiter

**Lagebericht für das Wirtschaftsjahr
vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2012**

Geschäftsverlauf und Lage des Eigenbetriebes

Bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes ist zu beachten, dass verschiedene veranschlagte Investitionsmaßnahmen nicht zur Ausführung gelangen konnten. Daher wurde die zur anteiligen Finanzierung der geplanten Vorhaben veranschlagte Darlehensaufnahme nicht in geplanter Höhe in Anspruch genommen.

Für das Jahr 2012 konnte ein Gewinn in Höhe von 47.478,68 EUR erwirtschaftet werden.

Der Wasserbezug betrug in diesem Jahr 1.492.151 cbm (Vorjahr: 1.469.218 cbm) und ist somit um rd. 23.000 cbm höher als im Vorjahr.

Die Endabrechnung des Rhein-Sieg-Kreises für 2012 bezüglich des WTV liegt noch nicht vor. Es wird mit einer Erstattung von rd. 49 TEUR gerechnet. Ein Wasserpreis von 0,618751 EUR/cbm liegt dieser zugrunde. Bei den geleisteten Vorauszahlungen lag ein Wasserpreis in Höhe von rd. 0,6615 EUR/cbm zugrunde. Die Erstattung wurde im Jahresabschluss berücksichtigt.

Die Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Wasser betragen insgesamt 1.885.531,61 EUR (Vorjahr: 1.908.957,86 EUR). Dies sind rd. 23 TEUR weniger im Vergleich zum Vorjahr.

Die Erlöse aus Grundgebühren in Höhe von 433.443,37 EUR (Vorjahr: 427.763,78 EUR) sind um rd. 6 TEUR angestiegen.

Die aktivierten Eigenleistungen sind im Vergleich zum Vorjahr um rd. 25 TEUR höher.

Der reale Wasserverlust im Rohrnetz ist im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Er liegt im Wirtschaftsjahr 2012 bei 5,1 % (Vorjahr: 1,2 %).

Der bis 31.12.2002 aufgebaute Passivposten „Empfangene Ertragszuschüsse“ wird nach den bisherigen Regelungen weiter planmäßig aufgelöst.

Für die Geschäftsjahre 2003 bis 2006 wurden die Baukostenzuschüsse von den Anschaffungskosten der bezuschussten Versorgungsleitungen und Versorgungsanschlüsse abgesetzt. Durch die sich daraus ergebenden geminderten Herstellungskosten der Versorgungsanlagen werden die Abschreibungen gemindert und somit die Baukostenzuschüsse ertragswirksam.

Ab dem Geschäftsjahr 2007 werden die Baukostenzuschüsse als Sonderposten passiviert und die Vermögensgegenstände (Versorgungsleitungen und Versorgungsanschlüsse) aktiviert. Die Sonderposten werden über die Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögensgegenstandes ergebniswirksam aufgelöst.

Voraussichtliche Entwicklung des Eigenbetriebes

Der Wasserverkaufspreis von 1,38 EUR/cbm ist seit 01.02.2004 unverändert.

Der Abschlagsanforderung des Wahnbachtalsperrenverbandes für das Jahr 2013 liegt ein Wasserbezugspreis von rd. 0,6676 EUR/cbm zugrunde. Für 2012 betrug der endgültige Wasserbezugspreis rd. 0,618751 EUR/cbm.

Im technischen Bereich wurde das Rohrnetzerneuerungsprogramm, welches Auskunft über Schäden, Baujahr und Zustand der Hauptrohrnetzleitungen gibt, weiter fortgeführt.

Wesentlicher Bestandteil des Investitionsprogramms 2013 sind Hauptrohrnetzerweiterungen/-erneuerungen in den Bereichen Rheinbach, Gilden Morgen/Haltepunkt DB, Rheinbach, Peppenhoven-Oberdrees.

Mit dem Gewinnvortrag aus den Vorjahren und dem Jahresgewinn des Wirtschaftsjahres 2012 steht am 31.12.2012 neben dem Stammkapital und der allgemeinen Rücklage ein aus der eigenen Tätigkeit entstandenes Eigenkapital von insgesamt 1.052.991,64 EUR zur Abdeckung eventuell künftig anfallender Betriebsverluste zur Verfügung.

Risiko und Chancen

Kurzfristig eintretende Veränderungen der Gewinnsituation des Wasserwerkes können sich im Wesentlichen nur aus der Veränderung des Preises und der Menge des verkauften Wassers, des Bezugspreises für den Wassereinkauf und eventuell des Wasserverlustes ergeben. Gravierende Umsatzeinbrüche sind jedoch in der Wasserversorgung Rheinbach ebenso wenig zu erwarten wie völlig unverhältnismäßige Erhöhungen des Wasserbezugspreises. Damit sind die geschäftlichen Risiken der zukünftigen Entwicklung als überschaubar einzustufen, zumal Gewinnvorträge zum Ausgleich zukünftiger Verluste zur Verfügung stehen.

Im technischen Bereich liegen die Risiken in Betriebsstörungen, gravierenden Wasserrohrbrüchen, Zerstörung technischer Einrichtungen oder schadensersatzpflichtige Schädigungen Dritter. Nach allen Erfahrungen der Vergangenheit ist der Eintritt solcher Ereignisse jedoch als eher unwahrscheinlich einzustufen. Für eine Vielzahl derartiger Risiken besteht im Übrigen Versicherungsschutz. Darüber hinausgehende bestandsgefährdende technische, geschäftliche oder sonstige Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

Die Chance für eine weiterhin positive Entwicklung des Eigenbetriebes besteht darin, auch künftig sparsam und wirtschaftlich zu arbeiten. Jedoch auch die Veränderungen der Wasserverluste aufgrund intensiven Messungen können zur weiteren positiven Entwicklung beitragen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Wirtschaftsjahres sind nicht eingetreten.

Rheinbach, den 14. Juni 2013

Wasserwerk der Stadt Rheinbach

gez. Walter Kohlosser
- Betriebsleiter -

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Wasserwerkes der Stadt Rheinbach, Rheinbach, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung liegen in der Verantwortung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht des Eigenbetriebes abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebes sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt.

Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Betriebsleitung des Eigenbetriebes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Bonn, 14. Juni 2013

DORNBACH GMBH
NIEDERLASSUNG BONN
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Dr. Kohout
Wirtschaftsprüfer

Bokelmann
Wirtschaftsprüfer

Aufgliederung und Erläuterung der Posten des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2012

Bilanz zum 31. Dezember 2012

Im Folgenden wird auf das Bilanzgliederungsschema, vgl. Anlage 1, Seite 1, Bezug genommen.

Aktiva

A. <u>Anlagevermögen</u>	31.12.2012 EUR	6.846.443,42
	31.12.2011 EUR	6.792.658,62

Auf die Darstellung des Anlagevermögens im Anlagennachweis (Anlage 1, S. 5) wird Bezug genommen.

I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>	31.12.2012 EUR	388,51
	31.12.2011 EUR	415,51

Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche
Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie
Lizenzen an solchen Rechten und Werten

31.12.2012 EUR	388,51
31.12.2011 EUR	415,51

Der Ausweis betrifft eine wasserrechtliche Entnahmeerlaubnis sowie Software.

II. <u>Sachanlagen</u>	31.12.2012 EUR	6.846.054,91
	31.12.2011 EUR	6.792.243,11
1. <u>Grundstücke mit Betriebs- und anderen Bauten</u>	31.12.2012 EUR	137.148,67
	31.12.2011 EUR	147.247,67

Hierunter wird das Betriebsgebäude Aachener Straße 46b ausgewiesen.

2. <u>Gewinnungs- und Bezugsanlagen</u>	31.12.2012 EUR	16.022,94
	31.12.2011 EUR	18.607,94

Der Ausweis betrifft Brunnen und Pumpenhäuser.

3. <u>Verteilungsanlagen</u>	31.12.2012 EUR	6.487.306,68
	31.12.2011 EUR	6.206.618,35

Hierunter werden die Speicheranlagen, das Hauptrohrnetz und die Hausanschlüsse ausgewiesen.

Zu Zugang

	EUR	EUR
<u>Speicheranlagen</u>		
Frequenzumrichter mit Umformer	3.536,29	
Absperrklappe DN 300 f. Hochbehälter Stadtwald	3.276,66	
IDM Messumformer	860,00	
		7.672,95
<u>Hauptrohrnetz</u>		
Rheinbach, Burgacker/Schubertstr.	50.800,08	
Rheinbach, Boschstr.	19.366,68	
Rheinbach, Münstereifelerstr.	18.009,37	
Rheinbach, Am Getreidespeicher	15.795,69	
Rheinbach, Gutenbergstr.	4.478,62	
		108.450,44
Hausanschlüsse 2012		123.134,26
		<u>239.257,65</u>

4.	<u>Maschinen und maschinelle Anlagen</u>	31.12.2012	EUR	<u>54.677,67</u>
		31.12.2011	EUR	66.963,67

Bei dem Zugang in Höhe von EUR 1.361,99 handelt es sich um einen Kondensattrockner KT 420.

5.	<u>Betriebs- und Geschäftsausstattung</u>	31.12.2012	EUR	<u>127.935,18</u>
		31.12.2011	EUR	130.054,18

Hierunter werden die Betriebsausstattung, die Geschäftsausstattung, der Fuhrpark und die geringwertigen Wirtschaftsgüter ausgewiesen.

Zu Zugang

	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
<u>Betriebsausstattung</u>		
3 Ultraschall-Durchflussmessgeräte	21.316,47	
Geräusch- und Frequenzpegellogger	5.880,00	
Logger für Ortung Rohrbrüche	1.900,00	
Motorsense	668,91	
Anbohrständer	<u>654,71</u>	
		30.420,09
<u>Geschäftsausstattung</u>		
EDV-Ausstattung		2.135,69
<u>Geringwertige Wirtschaftsgüter</u>		<u>3.111,35</u>
		<u>35.667,13</u>

6. <u>Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau</u>	31.12.2012 EUR	22.963,77
	31.12.2011 EUR	222.751,30

	1.1.2012 EUR	Zugang EUR	Umbuchung EUR	31.12.2012 EUR
Erneuerung Rheinbach-Oberdrees	88.502,16	64.737,61	-153.239,77	0,00
Erneuerungen Eulenbach	122.328,42	74.855,32	-197.183,74	0,00
Erneuerung Villeneuverstrasse	11.920,72	23.300,96	-35.221,68	0,00
Bau Fertiggarage	0,00	6.018,74	0,00	6.018,74
Erneuerung Hauptrohrnetz Oberdrees/Peppenhoven	0,00	4.641,61	0,00	4.641,61
Sanierung Hochbehälter Beuelskopf	0,00	4.604,50	0,00	4.604,50
Zaunanlage Hochbehälter	0,00	7.698,92	0,00	7.698,92
	<u>222.751,30</u>	<u>185.857,66</u>	<u>-385.645,19</u>	<u>22.963,77</u>

Zu Abgänge

	Anschaffungs- kosten EUR	Kumulierte Abschreibungen EUR	Restbuchwert EUR	Erlös EUR	Buchgewinn EUR	Buchverlust EUR
Immaterielle Vermögensgegenstände						
Alte Software						
Finanzbuchhaltung Mega NT	6.723,49	6.722,49	1,00	0,00	0,00	1,00
Verteilungsanlagen						
Hauptrohrnetz Rheinbach	25.998,51	25.997,51	1,00	0,00	0,00	1,00
Hauptrohrnetz Flerzheim	23.760,02	23.760,02	0,00	0,00	0,00	0,00
Hausanschlüsse Rheinbach	26.936,50	26.934,97	1,53	0,00	0,00	1,53
Hausanschlüsse Flerzheim	46.155,13	46.147,50	7,63	0,00	0,00	7,63
Hausanschlüsse Neukirchen	15.832,90	15.832,39	0,51	0,00	0,00	0,51
Speicheranlagen	1.026,26	1.025,26	1,00	0,00	0,00	1,00
	<u>139.709,32</u>	<u>139.697,65</u>	<u>11,67</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>11,67</u>
Betriebs- und Geschäftsausstattung						
Logger (Vorortung Wasserrohrbrüche)	5.811,40	5.472,40	339,00	0,00	0,00	339,00
EDV-Anlagen	2.458,16	2.456,16	2,00	0,00	0,00	2,00
	<u>8.269,56</u>	<u>7.928,56</u>	<u>341,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>341,00</u>
	<u>154.702,37</u>	<u>154.348,70</u>	<u>353,67</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>353,67</u>

B.	<u>Umlaufvermögen</u>	31.12.2012	EUR	934.934,62
		31.12.2011	EUR	943.843,72
I.	<u>Vorräte</u>	31.12.2012	EUR	149.637,90
		31.12.2011	EUR	169.457,83
	<u>Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe</u>	31.12.2012	EUR	149.637,90
		31.12.2011	EUR	169.457,83
		<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	
		EUR	EUR	
	Bau- und Installationsstoffe			
	• Hauptrohrnetzmaterial	113.916,22		130.904,35
	• Hausanschlussmaterial	<u>35.721,68</u>		<u>38.553,48</u>
		<u>149.637,90</u>		<u>169.457,83</u>
II.	<u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>	31.12.2012	EUR	778.605,73
		31.12.2011	EUR	759.299,50
1.	<u>Forderungen aus Lieferungen und Leistungen</u>	31.12.2012	EUR	493.471,46
		31.12.2011	EUR	470.727,89
		<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	
		EUR	EUR	
	Forderungsbestand			
	• Wassergeld	366.118,71		378.195,68
	• Reparaturkostenerstattungen	44.875,79		36.086,58
	• Hausanschlusskosten	45.409,34		16.523,37
	• Anliegerbeiträge	107.992,28		87.323,47
	• Arbeiten für Dritte und Materialabgaben	<u>8.957,44</u>		<u>26.568,42</u>
		<u>573.353,56</u>		<u>544.697,52</u>
	Einzelwertberichtigungen	<u>-79.882,10</u>		<u>-73.969,63</u>
		<u>493.471,46</u>		<u>470.727,89</u>

2. Forderungen an die Stadt

31.12.2012 EUR 72.280,44

31.12.2011 EUR 54.961,42

31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
-------------------	-------------------

Umsatzsteuer

• Umsatzsteuer Vorjahre	0,00	12.042,40
• Umsatzsteuer Oktober	0,00	-900,08
• Umsatzsteuer November	0,00	-3.902,56
• Umsatzsteuer Dezember	0,00	31.399,14
• Umsatzsteuer Berichtsjahr	7.830,52	-12.689,75
• Umsatzsteuer II. Quartal	5.865,42	0,00
• Umsatzsteuer III. Quartal	-4.293,03	0,00
• Umsatzsteuer IV. Quartal	<u>25.035,00</u>	<u>0,00</u>
	34.437,91	25.949,15

Gewerbsteuer

• Gewerbesteuer 2011	1.581,00	0,00
• Gewerbesteuer 2012	<u>11.837,00</u>	<u>0,00</u>
	13.418,00	0,00

Strom- und Wartungskosten

Pacht	4.670,07	4.055,79
Anteilige Ablesekosten	299,19	299,19
Übrige	14.693,82	14.881,01
	<u>4.761,45</u>	<u>9.776,28</u>
	<u>72.280,44</u>	<u>54.961,42</u>

3. <u>Sonstige Vermögensgegenstände</u>	31.12.2012 EUR	212.853,83
	31.12.2011 EUR	233.610,19
	<u>31.12.2012</u> EUR	<u>31.12.2011</u> EUR
Zinslos gestundeter Anschlussbeitrag 2003	117.827,84	132.257,27
Zinslos gestundete Anschlussbeiträge Vorjahre	15.924,53	16.334,52
Forderungen gegen das Finanzamt		
• Körperschaftsteuer		
- 2010	0,00	6.990,00
- 2011	8.118,00	8.117,00
- 2012	<u>17.494,00</u>	<u>0,00</u>
	25.612,00	15.107,00
• Solidaritätszuschlag		
- 2010	0,00	382,00
- 2011	443,91	444,00
- 2012	<u>960,00</u>	<u>0,00</u>
	1.403,91	826,00
	27.015,91	15.933,00
Erstattungsanspruch Wassergeld WTV	48.929,04	64.153,36
Übrige	<u>3.156,51</u>	<u>4.932,04</u>
	<u>212.853,83</u>	<u>233.610,19</u>

III. <u>Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten</u>	31.12.2012 EUR	6.690,99
	31.12.2011 EUR	15.086,39
	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>
	EUR	EUR
Kassenbestand	581,31	169,64
Guthaben bei Kreditinstituten		
• Deutsche Bank AG, Rheinbach, Konto 3322500	846,61	583,57
• Commerzbank AG, Rheinbach, Konto 600148800	2.548,03	4.872,64
• Raiffeisenbank Rheinbach Voreifel eG, Rheinbach, Konto 2091075	276,39	275,81
• Postbank Köln, Konto 0232400508	2.385,22	965,49
• Raiffeisenbank Rheinbach Voreifel eG, Rheinbach, Konto 10805023	53,43	5.744,94
• Kreissparkasse Köln, Rheinbach, Konto 45802709	0,00	2.474,30
	<u>6.109,68</u>	<u>14.916,75</u>
	<u>6.690,99</u>	<u>15.086,39</u>

C. <u>Rechnungsabgrenzungsposten</u>	31.12.2012 EUR	0,00
	31.12.2011 EUR	1.342,68

Passiva

A. <u>Eigenkapital</u>	31.12.2012 EUR	<u>2.350.513,51</u>
	31.12.2011 EUR	2.303.034,83

I. <u>Stammkapital</u>	31.12.2012 EUR	<u>1.099.277,54</u>
	31.12.2011 EUR	1.099.277,54

In Übereinstimmung mit § 11 der Betriebssatzung.

II. <u>Allgemeine Rücklage</u>	31.12.2012 EUR	<u>198.244,33</u>
	31.12.2011 EUR	198.244,33

Keine Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

III. <u>Gewinnvortrag</u>	31.12.2012 EUR	<u>1.005.512,96</u>
	31.12.2011 EUR	915.325,61

Gemäß Beschluss des Rates vom 26. November 2012 wurde auf Empfehlung des Betriebsausschusses vom 15. November 2012 der Jahresgewinn 2011 auf neue Rechnung vorgetragen.

IV. <u>Jahresgewinn</u>	31.12.2012 EUR	<u>47.478,68</u>
	31.12.2011 EUR	90.187,35

B. <u>Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen</u>	31.12.2012 EUR	709.102,00
	31.12.2011 EUR	574.237,00

Zur Zusammensetzung und Entwicklung verweisen wir auf die Anlage 6.

C. <u>Empfangene Ertragszuschüsse</u>	31.12.2012 EUR	452.617,51
	31.12.2011 EUR	561.699,51

Zur Zusammensetzung und Entwicklung verweisen wir auf die Anlage 6.

D. <u>Rückstellungen</u>	31.12.2012 EUR	37.600,00
	31.12.2011 EUR	32.900,00

<u>Sonstige Rückstellungen</u>	31.12.2012 EUR	37.600,00
	31.12.2011 EUR	32.900,00

	1.1.2012 EUR	Inanspruch- nahme EUR	Auflösung EUR	Zuführung EUR	31.12.2012 EUR
<u>Sonstige Rückstellungen</u>					
Prüfungs- und Beratungskosten	10.600,00	10.300,00	300,00	10.600,00	10.600,00
Interne Jahresabschlusskosten	5.000,00	5.000,00	0,00	5.000,00	5.000,00
Urlaubsansprüche	15.500,00	15.500,00	0,00	20.150,00	20.150,00
Überstunden	1.800,00	1.800,00	0,00	1.850,00	1.850,00
	<u>32.900,00</u>	<u>32.600,00</u>	<u>300,00</u>	<u>37.600,00</u>	<u>37.600,00</u>

E. <u>Verbindlichkeiten</u>	31.12.2012 EUR	4.216.859,93
	31.12.2011 EUR	4.255.316,59
1. <u>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</u>	31.12.2012 EUR	3.796.937,50
	31.12.2011 EUR	3.959.900,32
	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>
	EUR	EUR
Langfristige Verbindlichkeiten	2.606.623,12	2.809.900,32
Kontokorrentkredite		
• Kreissparkasse Köln, Nr. 45802709	290.314,38	0,00
• Kreissparkasse Köln, Nr. 396001580	<u>900.000,00</u>	<u>1.150.000,00</u>
	<u>1.190.314,38</u>	<u>1.150.000,00</u>
	<u>3.796.937,50</u>	<u>3.959.900,32</u>

Bezüglich der Zusammensetzung und Entwicklung der langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verweisen wir auf die Anlage 7 zu diesem Bericht.

2. <u>Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</u>	31.12.2012 EUR	221.213,61
	31.12.2011 EUR	96.105,74

3. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt

31.12.2012 EUR 2.979,70

31.12.2011 EUR 42.907,50

<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>
EUR	EUR

Anteilige EDV-Kosten

0,00 3.705,12

Gewerbesteuer

• 2010

0,00 17.891,00

• 2011

0,00 16.436,000,00 34.327,00

Porto-, Telefon und Dieselkosten

2.979,70 2.854,47

Sonstiges

0,00 2.020,912.979,70 42.907,504. Sonstige Verbindlichkeiten

31.12.2012 EUR 195.729,12

31.12.2011 EUR 156.403,03

<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>
EUR	EUR

Verbindlichkeiten aus Steuern

• Lohn- und Kirchensteuer für Monat Dezember

4.109,24 5.408,58

Übrige Verbindlichkeiten

• Überzahlungen aus Verbrauchsabrechnung

168.132,89 132.092,22

• Kautions Standrohre

14.704,91 14.520,85

• Berufsgenossenschaft

1.470,00 2.760,72

• Sicherheitsleistung Werkwohnung

276,39 275,81

• Sonstiges

186,98 1.344,85

• Beitrag Maschinenversicherung

6.848,71 0,00191.619,88 150.994,45195.729,12 156.403,03

F: <u>Rechnungsabgrenzungsposten</u>	31.12.2012 EUR	14.685,09
	31.12.2011 EUR	10.657,09
	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>
	EUR	EUR
Vereinnahmte Pachtvorauszahlung	14.497,09	10.469,09
Vereinnahmte Miete Werkswohnung für Januar Folgejahr	<u>188,00</u>	<u>188,00</u>
	<u>14.685,09</u>	<u>10.657,09</u>

Zu Vereinnahmte Pachtvorauszahlung

Der Ausweis betrifft eine vereinnahmte Pachtvorauszahlung in Höhe von ursprünglich EUR 39.880,77. Das Pachverhältnis begann am 1. April 1997, die Auflösung erfolgt über eine Laufzeit von 20 Jahren. Im Berichtsjahr fand eine vorzeitige Verlängerung des Pachtvertrages um 10 weitere Jahre statt. Als Gegenleistung wurde für diese Verlängerung eine Einmalzahlung vereinnahmt.

Gewinn- und Verlustrechnung für 2012

Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt nach dem Gesamtkostenverfahren.

	<u>2012</u> EUR	<u>2011</u> EUR
1. <u>Umsatzerlöse</u>	<u>2.511.418,36</u>	<u>2.583.091,82</u>
	<u>2012</u> EUR	<u>2011</u> EUR
Erlöse aus Verbrauchsabrechnung		
• Wasserverkauf	1.885.531,61	1.908.957,86
• Grundgebühr	<u>433.443,37</u>	<u>427.763,78</u>
	2.318.974,98	2.336.721,64
Installations- und Reparaturarbeiten		
• Erstattung Reparaturkosten Hausanschlüsse	52.848,32	86.331,55
• Erstattung Reparaturkosten Wasserzähler	159,20	39,80
• Arbeiten für Dritte	<u>3.239,29</u>	<u>215,92</u>
	56.246,81	86.587,27
Auflösung empfangene Ertragszuschüsse/Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	<u>136.196,57</u>	<u>159.782,91</u>
	<u>2.511.418,36</u>	<u>2.583.091,82</u>
	<u>2012</u> EUR	<u>2011</u> EUR
2. <u>Andere aktivierte Eigenleistungen</u>	<u>71.640,29</u>	<u>47.051,87</u>
	<u>2012</u> EUR	<u>2011</u> EUR
Lohnkosten	47.248,11	31.164,59
Gemeinkostenzuschlag Lohn	18.899,34	12.465,17
Gemeinkostenzuschlag auf Materialkosten	3.836,19	2.611,21
Fuhrparkkosten	<u>1.656,65</u>	<u>810,90</u>
	<u>71.640,29</u>	<u>47.051,87</u>

	<u>2012</u> EUR	<u>2011</u> EUR
3. <u>Sonstige betriebliche Erträge</u>	<u>48.520,98</u>	<u>42.949,88</u>
	<u>2012</u> EUR	<u>2011</u> EUR
Ordentliche Erträge		
• Überlassung Wasserzählerdaten	12.347,75	12.505,05
• Mahngebühren, Säumniszuschläge	7.817,79	10.223,20
• Mieten und Pachten	3.087,32	3.154,56
• Auflösung passiver Rechnungsabgrenzungsposten	2.772,00	1.994,00
• Versicherungserstattungen	6.300,91	0,00
• Erstattung für die Erneuerung der Brunnenpumpe	0,00	7.421,79
• Erträge aus Weiterbelastung Frequenzumformer	3.934,29	0,00
• Übrige	<u>593,21</u>	<u>2.756,07</u>
	36.853,27	38.054,67
Periodenfremde und neutrale Erträge		
• Wassergeld Vorjahre	9.397,48	3.062,88
• Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	300,00	500,00
• Erträge aus Anlageabgängen	0,00	1.332,33
• Ausbuchung von Verbindlichkeiten	<u>1.970,23</u>	<u>0,00</u>
	11.667,71	4.895,21
	<u>48.520,98</u>	<u>42.949,88</u>

	<u>2012</u> EUR	<u>2011</u> EUR
4. <u>Materialaufwand</u>	<u>1.207.238,44</u>	<u>1.190.868,46</u>
	<u>2012</u> EUR	<u>2011</u> EUR
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	971.243,66	1.010.833,57
Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>235.994,78</u>	<u>180.034,89</u>
	<u>1.207.238,44</u>	<u>1.190.868,46</u>
	<u>2012</u> EUR	<u>2011</u> EUR
a) <u>Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren</u>	<u>971.243,66</u>	<u>1.010.833,57</u>
	<u>2012</u> EUR	<u>2011</u> EUR
Wasserbezug Wahnachtalsperrenverband	926.330,29	948.312,39
Materialbezug		
• Wasserzähler	10.412,41	30.423,02
• Material Hausanschlüsse	11.927,59	12.018,90
• Material Hauptrohrnetz	13.707,37	11.888,86
• Material Lagerhalle und Werkstatt	8.158,44	6.045,18
• Material Grundstücke und Hochbehälter	2.115,71	4.031,71
• Werkzeuge und Geräte	2.642,98	1.098,83
• Sonstige Betriebsstoffe	<u>15,54</u>	<u>244,45</u>
	<u>48.980,04</u>	<u>65.750,95</u>
Skonti	-3.548,65	-4.222,31
Inventurdifferenz	<u>-518,02</u>	<u>992,54</u>
	<u>971.243,66</u>	<u>1.010.833,57</u>

Zu Wasserbezug Wahnachtalsperrenverband

Im Berichtsjahr wurden 1.492.151 cbm (Vorjahr: 1.469.218 cbm) Wasser bezogen. Der Wasserpreis betrug rd. 62 ct/cbm inklusive des zum 1. Februar 2004 durch den Landtag NRW eingeführten Wasserentnahmeentgeltes (Vorjahr: rd. 64 ct/cbm).

	<u>2012</u>	<u>2011</u>
	EUR	EUR
b) <u>Aufwendungen für bezogene Leistungen</u>	<u>235.994,78</u>	<u>180.034,89</u>
	<u>2012</u>	<u>2011</u>
	EUR	EUR
Stromkosten	39.453,33	39.407,72
Fremdleistungen		
• Hauptrohrnetz	112.834,98	56.774,31
• Hausanschlüsse	<u>67.594,20</u>	<u>63.214,43</u>
	180.429,18	119.988,74
Grundstücke und Behälter	3.535,22	3.736,99
Ver- und Entsorgung Lagerhalle und Werkstatt	5.755,91	9.797,56
Wasseruntersuchungen	4.570,00	4.463,00
Grundstücke und Gebäude	2.177,04	2.378,12
Brunnen und Pumpen	0,00	262,76
Steuer-, Mess- und Elektroanlagen	<u>74,10</u>	<u>0,00</u>
	<u>235.994,78</u>	<u>180.034,89</u>

	<u>2012</u> EUR	<u>2011</u> EUR
5. <u>Personalaufwand</u>	<u>555.095,05</u>	<u>553.244,00</u>
	<u>2012</u> EUR	<u>2011</u> EUR
Löhne und Gehälter	433.225,74	429.318,09
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>121.869,31</u>	<u>123.925,91</u>
	<u>555.095,05</u>	<u>553.244,00</u>
	<u>2012</u> EUR	<u>2011</u> EUR
a) <u>Löhne und Gehälter</u>	<u>433.225,74</u>	<u>429.318,09</u>
	<u>2012</u> EUR	<u>2011</u> EUR
b) <u>Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung</u>	<u>121.869,31</u>	<u>123.925,91</u>
	<u>2012</u> EUR	<u>2011</u> EUR
Gesetzliche soziale Aufwendungen	85.173,27	85.090,93
Beiträge zur Berufsgenossenschaft	2.870,29	5.700,72
Beiträge zur Zusatzversorgungskasse	<u>33.825,75</u>	<u>33.134,26</u>
	<u>121.869,31</u>	<u>123.925,91</u>
	<u>2012</u> EUR	<u>2011</u> EUR
6. <u>Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen</u>	<u>408.005,96</u>	<u>408.329,94</u>

	<u>2012</u> EUR	<u>2011</u> EUR
7. <u>Sonstige betriebliche Aufwendungen</u>	<u>275.575,34</u>	<u>258.922,35</u>
	<u>2012</u> EUR	<u>2011</u> EUR
Verwaltungskostenbeitrag	71.031,00	67.172,00
Sachkosten ADV	50.921,41	51.060,99
Versicherungen	25.942,02	24.345,52
Kraftfahrzeugkosten	27.337,33	22.045,97
Prüfungsgebühren und Beratungskosten	13.652,50	11.091,00
Porto und Telefongebühren	15.209,41	15.752,70
Büromiete und Nebenkosten	15.619,59	15.060,52
Verbandsbeiträge	4.210,54	4.224,60
Nebenkosten des Geldverkehrs	4.916,34	4.259,01
Bürobedarf	4.223,97	2.052,41
Fortbildung, Reise- und Bewirtungskosten, Sitzungsgelder	2.019,06	2.543,45
Pacht	2.126,97	2.126,97
Bekanntmachungskosten	187,00	181,00
Übrige	7.237,57	7.683,29
Periodenfremde und neutrale Aufwendungen		
• Zuführung Einzelwertberichtigung	5.912,47	24.413,46
• Erstattung Wassergeld aus Vorjahren	12.180,59	4.843,68
• Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	353,67	26,38
• Forderungsverluste	11.642,60	0,00
• Sonstige periodenfremde Aufwendungen	851,30	39,40
	<u>30.940,63</u>	<u>29.322,92</u>
	<u>275.575,34</u>	<u>258.922,35</u>

	<u>2012</u> EUR	<u>2011</u> EUR
8. <u>Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge</u>	<u>973,23</u>	<u>870,02</u>
	<u>2012</u> EUR	<u>2011</u> EUR
Kontokorrentzinsen	33,34	89,02
Aufzinsung gestundete Anschlussbeiträge	904,89	764,42
Stundungszinsen	0,00	16,58
Erstattungszinsen Finanzamt	<u>35,00</u>	<u>0,00</u>
	<u>973,23</u>	<u>870,02</u>
	<u>2012</u> EUR	<u>2011</u> EUR
9. <u>Zinsen und ähnliche Aufwendungen</u>	<u>115.754,26</u>	<u>129.076,58</u>
	<u>2012</u> EUR	<u>2011</u> EUR
Darlehenszinsen	110.432,12	118.015,67
Kontokorrentzinsen	5.144,14	11.060,91
Nachzahlungszinsen Finanzamt	<u>178,00</u>	<u>0,00</u>
	<u>115.754,26</u>	<u>129.076,58</u>
	<u>2012</u> EUR	<u>2011</u> EUR
10. <u>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</u>	<u>70.883,81</u>	<u>133.522,26</u>

	<u>2012</u> EUR	<u>2011</u> EUR
11. <u>Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</u>	<u>20.414,22</u>	<u>40.217,00</u>
	<u>2012</u> EUR	<u>2011</u> EUR
Körperschaftsteuer		
• Berichtsjahr	9.462,00	18.839,00
• Vorjahre	<u>-1,00</u>	<u>0,00</u>
	9.461,00	18.839,00
Solidaritätszuschlag		
• Berichtsjahr	520,00	1.036,00
• Vorjahre	<u>0,22</u>	<u>0,00</u>
	520,22	1.036,00
Gewerbeertragsteuer		
• Berichtsjahr	10.435,00	20.342,00
• Vorjahre	<u>-2,00</u>	<u>0,00</u>
	<u>10.433,00</u>	<u>20.342,00</u>
	<u>20.414,22</u>	<u>40.217,00</u>
	<u>2012</u> EUR	<u>2011</u> EUR
12. <u>Sonstige Steuern</u>	<u>2.990,91</u>	<u>3.117,91</u>
	<u>2012</u> EUR	<u>2011</u> EUR
Kfz-Steuer	1.535,09	1.662,09
Grundsteuer	<u>1.455,82</u>	<u>1.455,82</u>
	<u>2.990,91</u>	<u>3.117,91</u>
	<u>2012</u> EUR	<u>2011</u> EUR
13. <u>Jahresgewinn</u>	<u>47.478,68</u>	<u>90.187,35</u>

Rechtliche und steuerrechtliche VerhältnisseI. Rechtliche Verhältnisse

1. Rechtsform: Eigenbetrieb (wirtschaftliches Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit) der Stadt, der geführt wird nach den Vorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen, den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung (EigVO) für das Land Nordrhein-Westfalen sowie den Bestimmungen der Betriebssatzung.
2. Handelsregistereintragung: Der Eigenbetrieb ist im Handelsregister des Amtsgerichts Bonn unter der Registernummer HRA 5142 eingetragen. Der aktuelle Auszug vom 12. Juni 2013 lag vor.
3. Gegenstand des Eigenbetriebes: Versorgung der Bevölkerung mit Wasser.
4. Sitz: Rheinbach.
5. Wirtschaftsjahr: Kalenderjahr.
6. Stammkapital: EUR 1.099.277,54.

Das Stammkapital ist vollständig eingezahlt.
7. Betriebssatzung: Gültig in der Fassung vom 28. Januar 2010 (2. Änderungssatzung). Diese ist zum 1. März 2010 in Kraft getreten.

8. Betriebsleitung: Seit 1. Januar 2008 ist Herr Walter Kohlosser (Kämmerer der Stadt Rheinbach) Betriebsleiter; Stellvertreter ist Herr Peter Eich.
9. Betriebsausschuss: Der Betriebsausschuss besteht aus acht Ratsmitgliedern, vier sachkundigen Bürgern sowie zwei Beschäftigten des Wasserwerkes.
- Die Aufgaben des Betriebsausschusses ergeben sich aus § 4 der Betriebssatzung.
10. Wasserbezugsordnung: Die rechtlichen Beziehungen zu den Anschlussnehmern regelt die Satzung der Stadt Rheinbach über die öffentliche Wasserversorgung und den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgungsanlage - Wasserbezugsordnung vom 15. Dezember 1981 -, mit der 1. Änderungssatzung vom 16. Juli 2002. Die an die Vorschriften der AVB Wasser angepasste Satzung trat am 1. Januar 1982 in Kraft.
11. Beitrags- und Gebührenordnung: Neben die Wasserbezugsordnung tritt die Beitrags- und Gebührenordnung vom 17. Juli 1970, zuletzt geändert durch die zehnte Änderungssatzung, in Kraft getreten am 20. Oktober 2011.

12. Offenlegung des Vorjahresabschlusses:

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 wurde am 26. November 2012 durch den Rat der Stadt Rheinbach festgestellt. Der abschließende Vermerk der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen wurde am 18. Dezember 2012 erteilt. Der Jahresabschluss wurde im amtlichen Mitteilungsblatt "Kultur und Gewerbe" Nr. 2, Februar 2013, der Stadt Rheinbach bekannt gemacht. Der Jahresabschluss 2011 kann bis zur Feststellung des Jahresabschlusses 2012 zu den Geschäftszeiten des Wasserwerkes eingesehen werden.

Übersicht über die veranlagten Entgelte 2009 - 2013

	2013 EUR	2012 EUR	2011 EUR	2010 EUR	2009 EUR
Anschlussbeitrag je m ²	2,25	2,25	2,25	2,25	2,25
Grundgebühr Wasserzähler je Monat					
2,5 Qn	4,09	4,09	4,09	4,09	4,09
6,0 Qn	7,67	7,67	7,67	7,67	7,67
10,0 Qn	12,78	12,78	12,78	12,78	12,78
15 Qn/2,5 Qn	25,56	25,56	25,56	25,56	25,56
40 Qn/2,5 Qn	38,35	38,35	38,35	38,35	38,35
60 Qn/6,0 Qn	53,69	53,69	53,69	53,69	53,69
150 Qn/10,0Qn	76,69	76,69	76,69	76,69	76,69
Standrohre					
Für den ersten Monat der Ausleihdauer					
täglich	1,02	1,02	1,02	1,02	1,02
Ab dem zweiten Monat bei nicht unterbrochener Ausleihdauer täglich	0,26	0,26	0,26	0,26	0,26
Verbrauch je m ³ Wasser	1,38	1,38	1,38	1,38	1,38

Hinzuzurechnen ist die jeweilige gesetzliche Umsatzsteuer.

II. Steuerrechtliche Verhältnisse

1. Betriebsfinanzamt: Finanzamt Sankt Augustin,
Steuer-Nr.: 222/5726/0104.

2. Umsatzsteuer-
Identifikationsnummer: DE 123398287.

3. Letzte steuerliche Außen-
prüfung: Die letzte steuerliche Außenprüfung für Umsatz-,
Körperschaft- und Gewerbesteuer fand im März 1994
durch die Großbetriebsprüfungsstelle Köln I statt.

Die letzte Lohnsteuerausßenprüfung wurde durch das
Finanzamt Bonn-Innenstadt für die Jahre 2000 bis
2004 durchgeführt.

Der Vorbehalt der Nachprüfung für die Körperschaft-
und Gewerbesteuer wurde für die Jahre 2006 bis
2010 aufgehoben.

Die Veranlagungen wurden bis zum Veranlagungszeit-
raum 2011 durchgeführt. Die Bescheide liegen vor.

Zusammensetzung und Entwicklung der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und der empfangenen Ertragszuschüsse zum 31. Dezember 2012

	Zuführung				Auflösung				Buchwerte	
	Stand	Zuführung	Abgang	Stand	Stand	Zuführung	Abgang	Stand	31.12.2012	31.12.2011
	1.1.2012			31.12.2012	1.1.2012			31.12.2012		
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Empfangene Ertragszuschüsse										
1980 - 1992	2.133.646,85	0,00	0,00	2.133.646,85	2.133.635,34	0,00	0,00	2.133.635,34	11,51	11,51
1993	155.979,09	0,00	0,00	155.979,09	148.179,09	7.799,00	0,00	155.978,09	1,00	7.800,00
1994	339.297,34	0,00	0,00	339.297,34	305.846,34	16.965,00	0,00	322.811,34	16.486,00	33.451,00
1995	174.798,35	0,00	0,00	174.798,35	148.580,35	8.740,00	0,00	157.320,35	17.478,00	26.218,00
1996	268.382,83	0,00	0,00	268.382,83	214.705,83	13.419,00	0,00	228.124,83	40.258,00	53.677,00
1997	156.820,54	0,00	0,00	156.820,54	117.615,54	7.841,00	0,00	125.456,54	31.364,00	39.205,00
1998	319.613,28	0,00	0,00	319.613,28	223.732,28	15.981,00	0,00	239.713,28	79.900,00	95.881,00
1999	326.892,01	0,00	0,00	326.892,01	212.484,01	16.345,00	0,00	228.829,01	98.063,00	114.408,00
2000	235.526,47	0,00	0,00	235.526,47	141.317,47	11.776,00	0,00	153.093,47	82.433,00	94.209,00
2001	106.278,01	0,00	0,00	106.278,01	58.454,01	5.314,00	0,00	63.768,01	42.510,00	47.824,00
2002	98.035,45	0,00	0,00	98.035,45	49.020,45	4.902,00	0,00	53.922,45	44.113,00	49.015,00
	4.315.270,22	0,00	0,00	4.315.270,22	3.753.570,71	109.082,00	0,00	3.862.652,71	452.617,51	561.699,51
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen										
2007	86.008,49	0,00	0,00	86.008,49	16.278,49	3.986,00	0,00	20.264,49	65.744,00	69.730,00
2008	131.282,97	0,00	0,00	131.282,97	15.155,97	4.914,00	0,00	20.069,97	111.213,00	116.127,00
2009	180.757,94	0,00	0,00	180.757,94	14.487,94	6.953,00	0,00	21.440,94	159.317,00	166.270,00
2010	96.133,54	0,00	0,00	96.133,54	4.938,54	4.556,00	0,00	9.494,54	86.639,00	91.195,00
2011	131.422,91	0,00	0,00	131.422,91	507,91	6.080,00	0,00	6.587,91	124.835,00	130.915,00
2012	0,00	161.979,57	0,00	161.979,57	0,00	625,57	0,00	625,57	161.354,00	0,00
	625.605,85	161.979,57	0,00	787.585,42	51.368,85	27.114,57	0,00	78.483,42	709.102,00	574.237,00
	4.940.876,07	161.979,57	0,00	5.102.855,64	3.804.939,56	136.196,57	0,00	3.941.136,13	1.161.719,51	1.135.936,51

Zusammensetzung und Entwicklung der langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zum 31. Dezember 2012

Gläubiger	Stand 1.1.2012	Tilgung	Stand 31.12.2012	Ursprüngl. Darlehenshöhe	Auszahlungs- kurs	Zinsen		Tilgung	Zinsbindung
	EUR	EUR	EUR			%	EUR	%	
1. Westfälische Landschaft Bodenkreditbank, Münster Nr. 200955101	395.753,53	29.932,51	365.821,02	540.283,79	100	4,11	15.961,05	1,5% + e.Z.	30.06.2016
2. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg Nr. 3023274804	289.377,27	29.623,33	259.753,94	467.513,25	100	2,64	7.445,33	5,28% + e.Z.	30.12.2020
3. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg Nr. 3023274809	35.581,42	8.972,75	26.608,67	83.425,00	100	3,45	1.150,83	8,685% + e.Z.	31.12.2012
4. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg Nr. 3023274807	46.164,89	13.205,76	32.959,13	123.188,44	100	2,95	1.265,18	1,5% + e.Z.	30.12.2015
5. Westfälische Landschaft Bodenkreditbank, Münster Nr. 200955100	16.256,27	5.120,64	11.135,63	40.981,49	100	4,11	616,06	1,5% + e.Z.	30.03.2015
6. Kreissparkasse Köln Nr. 530012251	24.793,30	4.698,41	20.094,89	86.919,62	100	4,85	1.146,19	4,93% + e.Z.	15.12.2016
7. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg Nr. 3023274811	113.015,53	8.860,16	104.155,37	160.227,22	100	3,47	3.845,44	4,46% + e.Z.	30.12.2015
8. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg Nr. 3023274813	83.077,15	5.511,77	77.565,38	102.836,83	100	4,48	3.660,81	4,43% + e.Z.	30.12.2017
9. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg Nr. 3023274808	8.909,87	8.909,87	0,00	63.270,24	100	3,49	228,77	11,89% + e.Z.	31.12.2012
10. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg Nr. 3023274805	175.177,96	7.074,12	168.103,84	220.284,51	100	3,94	6.833,02	1,5% + e.Z.	30.11.2014
11. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg Nr. 3023274812	454.144,03	16.527,70	437.616,33	513.395,76	100	4,48	20.162,60	2,667% + e.Z.	30.12.2017
12. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg Nr. 3023274803	107.178,81	31.050,48	76.128,33	319.138,58	100	4,25	4.228,66	6,805% + e.Z.	30.12.2013
13. Kreissparkasse Köln Nr. 530012707	322.070,07	19.121,80	302.948,27	448.673,20	100	4,36	13.836,08	2,986% + e.Z.	30.12.2013
14. Kreissparkasse Köln Nr. 6007846685	738.400,22	14.667,90	723.732,32	800.000,00	100	4,09	30.052,10	1,5% + e.Z.	30.12.2018
Summe	2.809.900,32	203.277,20	2.606.623,12	3.970.137,93			110.432,12		

Wasserwerk der Stadt Rheinbach, Rheinbach

IDW Prüfungsstandard:
Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG
(IDW PS 720)

Fragenkatalog zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung
und der wirtschaftlichen Verhältnisse

Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

- a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Es besteht ein Arbeits- und Geschäftsverteilungsplan für die Stadt Rheinbach. In diesem sind auch die Aufgaben für die Betriebsleitung und die einzelnen Sachbearbeiter des Wasserwerkes geregelt. Die Zuständigkeiten für Betriebsleitung und Betriebsausschuss sind in der Betriebssatzung des Wasserwerkes geregelt. Die Regelungen entsprechen den Bedürfnissen des Wasserwerkes.

- b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

In 2012 fand eine Sitzung des Betriebsausschusses statt. Der Stadtrat befasste sich im Berichtsjahr in einer Sitzung mit den Belangen des Wasserwerkes.
Niederschriften über die Sitzungen wurden erstellt.

- c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

Der Betriebsleiter ist auskunftsgemäß in keinem weiteren Aufsichtsrat oder Kontrollgremium tätig.

- d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Die Vergütungen für die Mitglieder der Betriebsleitung und des Betriebsausschusses werden im Anhang angegeben. Erfolgsbezogene Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung bestehen nicht.

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

- a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Es besteht ein Arbeits- und Geschäftsverteilungsplan der Stadt Rheinbach, in dem das Wasserwerk integriert ist.

Eine Überprüfung findet bei organisatorischen und wesentlichen personellen Änderungen innerhalb der Stadt Rheinbach statt.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Nein, derartige Anhaltspunkte haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

- c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Es besteht das Vier-Augen-Prinzip. Darüber hinaus werden vor der Vergabe von Liefer- und Dienstverträgen mit einem Wert über EUR 25.000,00 bzw. bei Vergabe von Bauleistungen über EUR 50.000,00 von der Vergabestelle der Stadt Rheinbach Anfragen an die Informationsstelle für Vergabeausschüsse beim Finanzministerium NRW gerichtet, ob Eintragungen hinsichtlich der Bieterin/des Bieters, die/der den Zuschlag erhalten soll, vorliegen.

Auftragsvergaben über EUR 26.000,00 bedürfen der Zustimmung des Betriebsausschusses.

- d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Anweisungen bezüglich Auftragsvergaben und Stundung/Niederschlagung von Forderungen bestehen im Rahmen der Betriebssatzung. Daneben bestehen diverse Dienstanweisungen, u.a. eine "Vergabeordnung" der Stadt Rheinbach, an die das Wasserwerk gebunden ist.

Anhaltspunkte, dass diese nicht eingehalten werden, haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

- e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z.B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Es existiert eine ordnungsgemäße Ablage, die einen schnellen Zugriff ermöglicht.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

- a) Entspricht das Planungswesen auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten den Bedürfnissen des Unternehmens?

Das Planungswesen entspricht den Bedürfnissen des Eigenbetriebes.

- b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Es werden Quartalsberichte erstellt, die dem Betriebsausschuss vorgelegt werden. Planabweichungen werden systematisch untersucht.

- c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Das Rechnungswesen entspricht der Größe und den Anforderungen des Wasserwerkes. Eine Kostenrechnung besteht nicht. Eine Nachkalkulation der Wasserpreise erfolgt nicht. Als relevante Entscheidungsgröße für die Gebührengestaltung dient das Jahresergebnis.

- d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u.a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Die Überwachung der Liquidität obliegt den Mitarbeitern der Buchhaltung. Kredite werden vertragsgemäß getilgt.

- e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Nicht anwendbar.

- f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Die Entgelte aus Wasserlieferungen werden jährlich auf Grundlage der Ablesung abgerechnet. Daneben werden, jeweils im Abstand von vier Monaten, Abschläge in Höhe des Vorjahresverbrauches fällig. Großkunden werden monatlich abgelesen und abgerechnet.

Die übrigen Leistungen, wie z.B. die Herstellung von Hausanschlüssen, werden ebenfalls zeitnah abgerechnet.

- g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?

Ein Controlling als eigenständige Stelle ist nicht eingerichtet und aufgrund der Größe des Wasserwerkes entbehrlich.

Es erfolgen im Rahmen der Quartalsberichte an den Betriebsausschuss regelmäßige Mitteilungen über die Entwicklung innerhalb des Wasserwerkes.

- h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Es bestehen weder Tochterunternehmen, noch Unternehmen mit einer wesentlichen Beteiligung.

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

- a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Ein eigenständiges Risikofrüherkennungssystem besteht aufgrund der im Zeitablauf gleich bleibenden Tätigkeit (Wasserversorgung) nicht. Seitens der Betriebsleitung wurden diverse Einzelmaßnahmen ergriffen, um die Entwicklung des Wasserwerkes laufend zu beobachten und dabei auch mögliche bestandsgefährdende Risiken frühzeitig zu erkennen.

So besteht z.B. ein Maßnahmenplan für die Wasserversorgung der Stadt Rheinbach, der bei eventuell auftretenden Notsituationen der Wasserversorgung eine reibungslose, zügige Kommunikation zwischen den verantwortlichen Stellen gewährleisten soll. Die Entwicklung des Wasserabsatzes kann anhand der Netzeinspeisung und der monatlich erstellten Rechnungen der Vorlieferanten überwacht werden.

Von kaufmännischer Seite werden die Planzahlen mit den Istzahlen regelmäßig verglichen. Seitens der Betriebsleitung erfolgen Quartalsberichte an den Betriebsausschuss.

- b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

Die Maßnahmen reichen aus, um den Zweck der rechtzeitigen Erkennung von Risiken zu erfüllen. Anhaltspunkte, dass Maßnahmen nicht durchgeführt wurden, haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

- c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

Ja.

- d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Aufgrund der gleichbleibenden Geschäftstätigkeit (Wasserversorgung) ist eine kontinuierliche und systematische Abstimmung der Frühwarnsignale entbehrlich. Bei Bedarf erfolgt jedoch eine Fortschreibung der Dokumentation.

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:

- Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?
- Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?
- Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?
- Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z.B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z.B. antizipatives Hedging)?

Entfällt.

b) Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?

Entfällt.

c) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf

- Erfassung der Geschäfte
- Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse
- Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung
- Kontrolle der Geschäfte?

Entfällt.

d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?

Entfällt.



- e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?

Entfällt.

- f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?

Entfällt.

Fragenkreis 6: Interne Revision

- a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?

Eine interne Revision als eigenständige Stelle besteht nicht.

- b) Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?

Siehe a).

- c) Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z.B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?

Siehe a).

- d) Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?

Siehe a).



- e) Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?

Siehe a).

- f) Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die Interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?

Siehe a).

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

- a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Derartige Anhaltspunkte haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

- b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Kredite an Mitglieder der Betriebsleitung oder des Betriebsausschusses wurden nicht gewährt.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z.B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Derartige Anhaltspunkte haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.



- d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Derartige Anhaltspunkte haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

- a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Im Rahmen des Wirtschaftsplans erfolgt eine mittelfristige Investitionsplanung, deren Ergebnisse in dem Erfolgs- und Vermögensplan berücksichtigt werden.

Eine Überprüfung auf Rentabilität bzw. Wirtschaftlichkeit ist im Falle defekter Leitungen nicht immer zweckmäßig, da die Versorgungssicherheit gewährleistet sein muss.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z.B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

Vor der Durchführung von Investitionen werden alternative Vergleichsangebote eingeholt.

- c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Es erfolgt eine globale Überwachung im Rahmen des Soll-Ist-Vergleichs. Die Ergebnisse werden in den Gremiensitzungen besprochen.

- d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben?
Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Bei einzelnen Maßnahmen haben sich gegenüber den Planansätzen Überschreitungen ergeben; insgesamt wurden die Planansätze jedoch nicht ausgeschöpft.

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Nein, derartige Anhaltspunkte haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

Fragenkreis 9: Vergaberegelungen

- a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z.B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?

Im Rahmen unserer Jahresabschlussprüfung haben sich keine Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen ergeben.

- b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z.B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Es erfolgte eine Ausschreibung sämtlicher Bauarbeiten. Für andere Geschäfte, wie z.B. die Kreditaufnahme, werden Konkurrenzangebote eingeholt.

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

- a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Seitens der Betriebsleitung erfolgt eine Berichterstattung an den Betriebsausschuss in den entsprechenden - protokollierten - Sitzungen.

- b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Die Berichte vermitteln einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Werkes.

- c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Das Überwachungsorgan (Betriebsausschuss) wird zeitnah informiert. Ungewöhnliche und risikoreiche Geschäftsvorfälle sind uns im Rahmen der Prüfung nicht bekannt geworden.

- d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Derartige Themen waren im Berichtsjahr nicht gegeben.

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z.B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Nein, derartige Anhaltspunkte haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

- f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Nein, eine D&O-Versicherung besteht nicht.



- g). Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offen gelegt worden?

Derartige Interessenkonflikte sind uns im Rahmen unserer Prüfung nicht bekannt geworden.

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

- a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Nein.

- b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Nein.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Ohne Sachverständigengutachten sind evtl. stille Reserven im Grundbesitz nicht zu beurteilen, im Übrigen sind keine stillen Reserven ersichtlich.

Fragenkreis 12: Finanzierung

- a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Das Anlagevermögen ist zu 86 % durch Eigenkapital und eigenkapitalähnliche Posten sowie langfristiges Fremdkapital gedeckt. Wesentliche Investitionsverpflichtungen bestanden am Abschlussstichtag nicht.



- b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Entfällt.

- c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Das Wasserwerk hat im Berichtsjahr weder Finanz-/Fördermittel noch Garantien der öffentlichen Hand erhalten.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

- a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

Es bestehen keine Finanzierungsprobleme aus der Eigenkapitalausstattung.

- b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Der Jahresgewinn des Wirtschaftsjahres soll vorgetragen werden. Dies ist mit der wirtschaftlichen Lage vereinbar.

**Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit**

- a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?

Es bestehen keine Segmente.

- b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Nein.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Anhaltspunkte, dass Leistungsbeziehungen zur Stadt Rheinbach zu unangemessenen Konditionen vorgenommen wurden, haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

- d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Entfällt.

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

- a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Nein.

- b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Entfällt.



Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

- a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Entfällt.

- b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Durch die kontinuierliche technische Überwachung des Leitungsnetzes sollen Rohrbrüche schnell erkannt und behoben werden. Die inzwischen abgeschlossene digitale Leitungserfassung für das gesamte Rohrnetz sowie für die Hausanschlussleitungen wird fortlaufend aktualisiert.